

Niedersächsisches Ministerialblatt

59. (64.) Jahrgang

Hannover, den 15. 7. 2009

Nummer 27

INHALT

A. Staatskanzlei		H. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung	
Bek. 24. 6. 2009, Konsulate in der Bundesrepublik Deutschland	596	Bek. 16. 6. 2009, Jahresabschluss 2008 der Niedersächsischen Tierseuchenkasse	618
B. Ministerium für Inneres, Sport und Integration		Bek. 24. 6. 2009, Feststellung gemäß § 3 a UVPG (Vereinfachte Flurbereinigung Wulften, Landkreis Osterode am Harz)	618
RdErl. 23. 6. 2009, Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen 2010	596	Bek. 29. 6. 2009, Feststellung gemäß § 3 a UVPG (Flurbereinigung Jasebeck, Landkreis Lüchow-Dannenberg)	619
C. Finanzministerium		I. Justizministerium	
RdErl. 26. 6. 2009, Beihilfevorschriften (BhV) und Hinweise zu den BhV	596	K. Ministerium für Umwelt und Klimaschutz	
D. Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit		Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr	
E. Ministerium für Wissenschaft und Kultur		Bek. 23. 6. 2009, Feststellung gemäß § 3 a UVPG (Neubau eines Salzsilos, Autobahnmeisterei Fallingbosten)	619
RdErl. 8. 7. 2009, Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Forschungs- und Transferprojekten der frühkindlichen Bildung und Entwicklung ...	596	Bek. 29. 6. 2009, Feststellung gemäß § 3 a UVPG (Infrastrukturgesellschaft Region Hannover GmbH)	619
22450		Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz	
F. Kultusministerium		Bek. 30. 6. 2009, Feststellung gemäß § 6 NUVPG (Deichverstärkung der Aller- und Meißedeiche im Bereich Hodenhagen, Landkreis Soltau-Fallingbosten, durch den Deichverband Hodenhagen)	619
RdErl. 12. 3. 2009, Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Konjunkturpakets II – Förderschwerpunkt Schulinfrastruktur; Bau und Ausstattung von Schulen –	598	VO 7. 7. 2009, Verordnung über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Wassergewinnungsanlagen Hameln-Süd der GWS Stadtwerke Hameln GmbH	620
22410		Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg	
RdErl. 23. 3. 2009, Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Konjunkturpakets II – Förderschwerpunkt Schulinfrastruktur; Medienausstattung – ...	608	Bek. 24. 6. 2009, Feststellung gemäß § 3 a UVPG (Hermann Eckholt GmbH, Surwold)	624
22410		Bek. 6. 7. 2009, Genehmigung nach dem BImSchG; Öffentliche Bekanntmachung (Hermann Eckholt GmbH, Surwold)	625
RdErl. 26. 3. 2009, Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Konjunkturpakets II – Förderschwerpunkt Schulinfrastruktur; Innovations- und Zukunftszentren an berufsbildenden Schulen –	615	Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Osnabrück	
22410		Bek. 26. 6. 2009, Feststellung gemäß § 3 a UVPG (Dresen + Bremen GmbH, Alfhausen)	625
Bek. 23. 6. 2009, Evangelisch-reformierte Gemeinde Braunschweig; Kirchensteuerbeschluss für das Haushaltsjahr 2009	617	Stellenausschreibung	625
RdErl. 25. 6. 2009, Ordnung für die Ausbildung und Prüfung in der Krankenpflegehilfe	617	Neuerscheinungen	628
21064			
G. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr			
RdErl. 30. 6. 2009, Richtlinien für die Benutzung der Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes (Nutzungsrichtlinien)	618		
92200			

A. Staatskanzlei

Konsulate in der Bundesrepublik Deutschland

Bek. d. StK v. 24. 6. 2009 — 203-11700 5 AR —

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der berufskonsularischen Vertretung der Republik Argentinien in Hamburg ernannten Herrn Manuel Fernández Salorio am 17. 6. 2009 das Exequatur als Generalkonsul erteilt. Der Konsularbezirk umfasst die Länder Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Guillermo Federico Kreckler, am 4. 6. 2003 erteilte Exequatur ist erloschen.

— Nds. MBl. Nr. 27/2009 S. 596

B. Ministerium für Inneres, Sport und Integration

Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen 2010

RdErl. d. MI v. 23. 6. 2009 — 15.11-03061.100 —

Die Wahlperiode der gegenwärtigen Jugend- und Auszubildendenvertretungen endet am 30. 4. 2010 (§ 52 Abs. 3 i. V. m. § 22 Abs. 2 und 3 NPersVG).

Die Wahlen zu den neuen Jugend- und Auszubildendenvertretungen sind termingerecht vorzubereiten und durchzuführen. Die Dienststellen werden gebeten, die Wahlvorstände bei dieser Aufgabe zu unterstützen und ihnen mit den erforderlichen Auskünften zur Verfügung zu stehen.

Der Wahlvorstand hat nach § 52 i. V. m. § 19 Abs. 1 Satz 1 NPersVG die Wahl rechtzeitig einzuleiten. Die erste entsprechende Handlung des Wahlvorstands ist die Bekanntmachung der Namen seiner Mitglieder nach § 1 Abs. 4 WO-PersV.

Es wird empfohlen, als **Tag der Stimmabgabe einheitlich den 3. 3. 2010** zu bestimmen. Hiernach würde sich folgender Zeitplan ergeben:

bis Mitte Dezember 2009:

Bestellung des Wahlvorstands (§ 18 Abs. 1, § 52 Abs. 1 NPersVG);
rechtzeitig, spätestens am 4. 1. 2010:

Bekanntmachung der Namen des Wahlvorstands (§ 1 Abs. 4 WO-PersV);

spätestens am 19. 1. 2010:

Aushang des Wahlausschreibens (§ 8 Abs. 1 WO-PersV);

unverzüglich danach:

Auslegung des Wählerverzeichnisses (§ 4 Abs. 2 WO-PersV);

spätestens am 2. 2. 2010, vorausgesetzt, dass das Wahlausschreiben am 19. 1. 2010 ausgehängt wird:

Einreichung der Wahlvorschläge (§ 9 Abs. 2 WO-PersV);

spätestens am 23. 2. 2010:

Bekanntgabe der Wahlvorschläge (§ 15 WO-PersV);

am 3. 3. 2010:

Tag der Stimmabgabe;

danach:

Feststellung der Wahlergebnisse durch die Wahlvorstände (§ 22 WO-PersV);

spätestens am 17. 3. 2010:

Wahl der oder des Vorsitzenden und der Stellvertreterin oder des Stellvertreters der Jugend- und Auszubildendenvertretung (§ 53 Abs. 1 NPersVG).

Nach § 4 WO-PersV ist ein Verzeichnis der wahlberechtigten Beschäftigten (Wählerverzeichnis) aufzustellen und an geeigneter Stelle zur Einsicht auszulegen. In das für die Auslegung bestimmte Wählerverzeichnis sind aus datenschutzrechtlichen Gründen nur Name und Vorname aufzunehmen (§ 4 Abs. 1 Satz 2 WO-PersV).

Nach § 52 Abs. 2 NPersVG kann der Wahlvorstand bestimmen, dass die Wahl in Dienststellen mit in der Regel bis zu 20 jugendlichen Beschäftigten und Auszubildenden in einer Wahlversammlung stattfindet, die er spätestens vier Wochen vor Ablauf der regelmäßigen Amtszeit einzuberufen hat. Die Einberufung der Wahlversammlung tritt nach § 35 Abs. 6 WO-PersV an die Stelle des Wahlausschreibens.

Es wird gebeten, den in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften spätestens zum Zeitpunkt der Veröffentlichung eine Abschrift des Wahlausschreibens oder der Einberufung der Wahlversammlung und der Wahlniederschrift zu übersenden.

Wegen der Mustervordrucke zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen wird auf den RdErl. vom 24. 7. 2007 (Nds. MBl. S. 816) aufmerksam gemacht. Für die Wahl der Jugend- und Auszubildendenvertretung sind die für den Personalrat vorgesehenen Vordrucke entsprechend anzuwenden (§ 35 WO-PersV). Die Vorlagen können aus dem Internet (www.mi.niedersachsen.de) heruntergeladen werden (Pfad: Themen — Öffentliches Dienstrecht & Korruptionsprävention — Personalvertretungsrecht).

An die
Dienststellen der Landesverwaltung,
Gemeinden, Landkreise und sonstigen Körperschaften,
Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts

— Nds. MBl. Nr. 27/2009 S. 596

C. Finanzministerium

Beihilfevorschriften (BhV) und Hinweise zu den BhV

RdErl. d. MF v. 26. 6. 2009 — 26-08 06/1-2 —

— VORIS 20444 —

Bezug: RdErl. v. 10. 1. 2002 (Nds. MBl. S. 145), zuletzt geändert durch RdErl. v. 14. 5. 2009 (Nds. MBl. S. 516)
— VORIS 20444 —

Anlage 2 des Bezugerlasses wird mit Wirkung vom 26. 6. 2009 wie folgt geändert:

Satz 3 des Hinweises 1 zu § 6 Abs. 1 Nr. 2 BhV wird gestrichen.

An die
Dienststellen der Landesverwaltung
Region Hannover, Gemeinden, Landkreise und der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts

— Nds. MBl. Nr. 27/2009 S. 596

E. Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Forschungs- und Transferprojekten der frühkindlichen Bildung und Entwicklung

RdErl. d. MWK v. 8. 7. 2009 — 11-76104-55/14-53004/2 —

— VORIS 22450 —

1. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage

1.1 Das Land gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinie sowie der Beschlüsse des Kuratoriums des Niedersächsischen Instituts für Frühkindliche Bildung und Entwicklung e. V. (nifbe) und der VV/VV-Gk zu § 44 LHO Zuwendungen für Forschungs- und Transferprojekte der frühkindlichen Bildung und Entwicklung.

1.2 Ein Anspruch des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht, vielmehr entscheidet die Bewilligungsstelle aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

2. Gegenstand der Förderung

Gefördert werden

2.1 Forschungsprojekte im Bereich der Grundlagenforschung in den jeweiligen Forschungsschwerpunkten des nifbe,

2.2 innovative Projekte, die dem Transfer von

2.2.1 Forschungsergebnissen

- in die Lehre und die Aus- und Weiterbildung der in der frühkindlichen Bildung und Entwicklung Tätigen oder
- in die Bildungsarbeit mit Eltern und Familien im Bereich der frühkindlichen Bildung und Entwicklung oder
- in die pädagogische Praxis der Elementarpädagogik (Kindertagesstätten),

2.2.2 Praxiserfahrungen in die Forschung („Gegenstromprinzip“) dienen.

Die Transferprojekte nach Nummer 2.2 sollen Modellcharakter besitzen, Forschung und Praxis miteinander verzahnen und beispielgebend für die weitere Entwicklung im Bereich der frühkindlichen Bildung und Entwicklung sein. Es sollen Kooperationsprojekte sein, die von nach dem NEBG anerkannten Einrichtungen der Erwachsenenbildung mit Hochschulen sowie — im Ausbildungsbereich — mit Fachschulen durchgeführt werden. In diese Projekte sollen regionale Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in öffentlicher und freier Trägerschaft wie z. B. Tageseinrichtungen für Kinder (Krippen, Kindergärten, Horte), der Kindertagespflege und Familienbildungsstätten sowie Schulen (in erster Linie aus dem Primarbereich) oder außerschulische Kultur- und Bildungseinrichtungen wie z. B. Theater, Museen, Orchester, Kunst- und Musikschulen einbezogen werden. Die Projekte sollen sich insbesondere auf die jeweiligen Forschungsschwerpunkte des nifbe beziehen.

3. Zuwendungsempfänger

3.1 Zuwendungsempfänger für Forschungsprojekte nach Nummer 2.1 sind Hochschulen in staatlicher Verantwortung nach § 2 NHG.

3.2 Zuwendungsempfänger für Transferprojekte nach Nummer 2.2 sind rechtsfähige juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts, die im Bereich der frühkindlichen Bildung und Entwicklung tätig sind.

Dazu gehören:

- nach dem NEBG anerkannte Einrichtungen der Erwachsenenbildung,
- kommunale Gebietskörperschaften, soweit sie Rechtsträger einer nach dem NEBG anerkannten Einrichtung der Erwachsenenbildung sind,
- Hochschulen in staatlicher Verantwortung nach § 2 NHG,
- staatlich anerkannte Hochschulen nach § 64 NHG.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

Antragsteller müssen ihren Sitz in Niedersachsen haben.

5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

5.1 Die Zuwendung wird als nicht rückzahlbarer Zuschuss bei Forschungsprojekten nach Nummer 2.1 in Form einer Vollfinanzierung, bei Transferprojekten nach Nummer 2.2 in Form einer Anteilsfinanzierung zur Projektförderung gewährt.

5.2 Die Bemessung der Zuwendung erfolgt auf betriebswirtschaftlich orientierter Ausgaben- bzw. Kostenbasis.

5.2.1 Kosten bilden dann die Bemessungsgrundlage, wenn der Zuwendungsempfänger nach den Regeln der kaufmännischen Buchführung verfährt und er für den Nachweis seiner Kosten eine Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) eingerichtet hat.

5.2.2 Die Zuwendung ist auf Kostenbasis zu bewilligen, wenn der Zuwendungsempfänger bei Antragstellung bestätigt, dass er die Kosten aus seiner KLR ableiten wird.

5.2.3 Hat der Zuwendungsempfänger die Zuwendung auf Kostenbasis erhalten, muss er bei Abrechnung der Zuwendung seine Kosten durch die KLR nachweisen. Kann er dies nicht, ist die Zuwendung auf betriebswirtschaftlich orientierter Ausgabenbasis abzurechnen.

5.3 Bei Forschungsprojekten beträgt die Förderung 100 v. H. der zuwendungsfähigen Gesamtkosten. Zuwendungsfähig sind ausschließlich zusätzliche projektbezogene Personal- und Sachkosten. Die Projektlaufzeit beträgt maximal zwei Jahre (24 Monate). Die Gesamtförderhöhe der Einzelprojekte ist auf 200 000 EUR begrenzt.

5.4 Bei Transferprojekten beträgt die Förderung bis zu 80 v. H. der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben/-kosten, maximal jedoch 50 000 EUR jährlich (pro 12 Monate). Eine Überschreitung kommt nur im besonders begründeten Einzelfall in Betracht, wenn ansonsten eine Realisierung des Projekts in Kooperation mit weiteren Partnern nachweislich nicht möglich ist.

Die Projektlaufzeit von Einzelprojekten ist auf zwei Jahre (24 Monate) begrenzt.

5.5 Bei Transferprojekten sind die für die Durchführung des Projektes notwendigen und angemessenen Personal- und Sachausgaben/-kosten sowie Ausgaben/Kosten für Öffentlichkeitsarbeit zuwendungsfähig.

Eigenleistungen des Zuwendungsempfängers (z. B. Personal- und Sachausgaben/-kosten), die in das Transferprojekt eingebracht werden, sind zuwendungsfähig.

6. Verfahren

6.1 Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die VV/VV-Gk zu § 44 LHO, soweit nicht in dieser Richtlinie Abweichungen zugelassen sind.

6.2 Bewilligungsstelle ist die Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung Hannover, Bödekerstraße 18, 30161 Hannover.

6.3 Zuwendungsanträge sind in zweifacher Ausfertigung an die Bewilligungsstelle zu richten. Antragsvordrucke werden von der Bewilligungsstelle zur Verfügung gestellt.

6.4 Für Forschungsprojektanträge werden die formalen und inhaltlichen Anforderungen in den jeweiligen Ausschreibungen festgelegt.

6.5 Transferprojektanträgen ist eine Empfehlung des zuständigen regionalen Netzwerkes des nifbe beizufügen. Zuständig ist das regionale Netzwerk, in dessen Zuständigkeitsbereich das Projekt überwiegend durchgeführt werden soll. Eine Liste der regionalen Netzwerke des nifbe wird von der Bewilligungsstelle zur Verfügung gestellt. Die Anträge können jeweils bis zum 15. April für das laufende Jahr und bis zum 15. Oktober für das Folgejahr eingereicht werden. Es gilt das Datum des Poststempels. Für Transferprojekte von Antragstellern, auf die die VV-Gk keine Anwendung finden, mit einer Fördersumme bis 5 000 EUR (Kleinprojekte) werden keine Antragsfristen festgelegt.

6.6 Über die Gewährung der Zuwendung entscheidet die Bewilligungsstelle nach Maßgabe der Beschlüsse des Kuratoriums des nifbe. Über Kleinprojekte i. S. von Nummer 6.5 Satz 6 entscheidet die Bewilligungsstelle eigenständig. Eine Liste dieser Kleinprojekte ist dem Kuratorium zur jeweils nächsten Sitzung zur Information vorzulegen.

6.7 Sind Hochschulen in staatlicher Trägerschaft Endempfänger von Fördermitteln, erfolgt die Mittelzusage durch ein Schreiben der Bewilligungsstelle entsprechend den Regelungen dieser Richtlinie.

7. Schlussbestimmungen

Dieser RdErl. tritt mit Wirkung vom 1. 1. 2009 in Kraft und mit Ablauf des 31. 12. 2012 außer Kraft.

F. Kultusministerium

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Konjunkturpakets II — Förderschwerpunkt Schulinfrastruktur; Bau und Ausstattung von Schulen —

RdErl. d. MK v. 12. 3. 2009 — 35-81 345 —

— **VORIS 22410** —

1. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage

1.1 Das Land gewährt unter finanzieller Beteiligung des Bundes Zuwendungen zum Bau und zur Ausstattung von Schulen auf der Grundlage der zwischen Bund und Ländern abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des ZuInvG. Die Zuwendungen werden nach Maßgabe dieser Richtlinie und der VV/VV-Gk zu § 44 LHO gewährt.

1.2 Ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht, vielmehr entscheidet die zuständige Bewilligungsbehörde aufgrund pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

2. Gegenstand der Förderung

2.1 Nach Maßgabe des Artikels 104 b GG, des § 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b ZuInvG sowie der o. a. Verwaltungsvereinbarung werden Zuwendungen zu Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, zum Erwerb von Gebäuden für schulische Zwecke, zur Erstausrüstung von Schulen und zur Ausstattung mit besonderen Einrichtungen sowie zur Modernisierung und Sanierung von Schulanlagen gewährt.

2.2 Gefördert werden auch die mit den Investitionen verbundenen Dienstleistungen (z. B. Software-Installationen, Geräteunterweisungen).

2.3 Nicht gefördert werden Personal-, Betriebs- und Verwaltungskosten (z. B. Folgekosten für Kantinenpersonal, sozialpädagogische Fachkräfte, Hausmeister) sowie Ausgaben für Grundstücke und Erschließung. Dies gilt nicht für Personal-, Betriebs- und Verwaltungskosten, soweit sie in unmittelbarem Zusammenhang mit den Investitionen stehen (z. B. Architektenhonorare, Ingenieurleistungen).

3. Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind Träger von öffentlichen Schulen, finanzhilfeberechtigte Träger von Ersatzschulen i. S. von § 149 Abs. 1 NSchG, Träger der Schulen nach § 154 NSchG sowie finanzhilfeberechtigte Träger der Schulen nach § 161 Abs. 3 NSchG.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Gefördert werden Investitionsvorhaben, wenn sie am 27. 1. 2009 oder später begonnen wurden. Soweit Investitionen schon vor dem 27. 1. 2009 begonnen wurden, aber noch nicht abgeschlossen sind, können sie gefördert werden, wenn gegenüber der Bewilligungsbehörde erklärt wird, dass es sich um selbstständige Abschnitte eines laufenden Vorhabens handelt und die Finanzierung dieser Abschnitte bislang nicht gesichert ist.

Eine Ausnahme vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmebeginns gemäß Nummer 1.3 VV/VV-Gk zu § 44 LHO gilt ab dem 27. 1. 2009 als erteilt. Ein Anspruch auf Bewilligung kann daraus nicht hergeleitet werden.

Im Jahr 2011 können Zuwendungen nur für Investitionsvorhaben eingesetzt werden, die vor dem 31. 12. 2010 begonnen wurden und bei denen im Jahr 2011 ein selbstständiger Abschnitt des Investitionsvorhabens abgeschlossen wird.

4.2 Vorhaben können nur gefördert werden, wenn die Gesamtfinanzierung in Verbindung mit der Förderung gesichert ist.

4.3 Die Investitionen sollen mindestens zur Hälfte im Jahr 2009 getätigt werden.

5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

5.1 Zuwendungsart, Finanzierungsart, Form der Zuwendung

Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung als Anteilfinanzierung in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses gewährt.

5.2 Zuwendungsfähige Ausgaben

Zuwendungsfähig sind Ausgaben, die zur Realisierung der Investitionen erforderlich sind.

5.3 Höhe der Zuwendung

Die Zuwendungsempfänger erhalten für Investitionsvorhaben in den Jahren 2009 und 2010 insgesamt 124 575 000 EUR aus Bundes- und Landesmitteln. Die Zuwendung beträgt bis zu 90 v. H. der zuwendungsfähigen Ausgaben; sie ist jedoch in der Höhe begrenzt auf den Anteil an den zur Verfügung stehenden Fördermitteln entsprechend der Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Schulen des antragstellenden Schulträgers bezogen auf die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler nach der amtlichen Statistik der allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen am Stichtag 4. 9. 2008 bzw. 15. 11. 2008.

An Schulen in freier Trägerschaft sind nur die Schülerinnen und Schüler zu berücksichtigen, für die ein Anspruch auf Finanzhilfe nach dem NSchG besteht.

Der Zuwendungsempfänger hat, auch bei zusätzlicher Finanzierung Dritter, mindestens 10 v. H. der zuwendungsfähigen Ausgaben als Eigenanteil selbst zu tragen. Der Eigenanteil darf nicht durch EU-Mittel oder aus den Investitionspauschalen nach dem NZuInvG ersetzt werden.

Die Höchstbeträge der Zuwendungen für Träger von öffentlichen Schulen ergeben sich aus der **Anlage**.

Der Zuwendungsbetrag wird auf volle hundert EUR abgerundet.

6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

6.1 Die Zuwendung ist wirtschaftlich und sparsam zu verwenden. Sie darf nur für zusätzliche Investitionen, deren längerfristige Nutzung gesichert ist, verwendet werden. Die Zusätzlichkeit ist gegeben, wenn die Zuwendung zur Finanzierung eines Vorhabens eingesetzt wird, dessen Gesamtfinanzierung nicht bereits durch einen beschlossenen und in Kraft getretenen Haushaltsplan der kommunalen Körperschaft bzw. durch einen Wirtschaftsplan o. Ä. eines sonstigen Zuwendungsempfängers gesichert ist. Bei der Einschätzung über die längerfristige Nutzung sind die absehbaren demografischen Entwicklungen zu berücksichtigen (Nachhaltigkeit).

6.2 Die Zuwendung darf nur für solche Investitionen genutzt werden, die nicht gleichzeitig nach anderen Gesetzen und Verwaltungsvereinbarungen als Anteilfinanzierung nach Artikel 104 b GG und nach dem bis 31. 8. 2006 geltenden Artikel 104 a Abs. 4 GG oder nach den Artikeln 91 a und 91 b GG oder mit KfW-Darlehensprogrammen mit Ausnahme der KfW-Programme „Investitionsoffensive Infrastruktur“ gefördert werden. Das Doppelförderungsverbot gilt nicht programm- sondern vorhabenbezogen.

6.3 Sofern die geförderte Schulanlage nicht mehr zweckentsprechend verwendet wird, ist die Verordnung über die Forderungen des Landes bei der Aufgabe von Schulanlagen vom 29. 5. 1975 (Nds. GVBl. S. 195) entsprechend anzuwenden.

6.4 Die Mithilfe der Zuwendungen erworbenen Ausstattungen sind mindestens vier Jahre nach Anschaffung oder Fertigstellung für den Zuwendungszweck zu verwenden, sofern sie nicht vorher durch eine vergleichbare Ausstattung ersetzt werden.

6.5 Eine Förderung nach dieser Richtlinie begründet keinen Anspruch auf eine zusätzliche Personalausstattung.

6.6 Auf die Förderung nach dem ZuInvG durch den Bund und das Land ist auf Bauschildern und nach Fertigstellung in geeigneter Form hinzuweisen.

7. Anweisungen zum Verfahren

7.1 Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendungen sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendungen gelten die VV/VV-Gk zu § 44 LHO, soweit nicht in dieser Richtlinie Abweichungen zugelassen sind.

7.2 Bewilligungsbehörde ist das Niedersächsische Kultusministerium, Schiffgraben 12, 30159 Hannover.

7.3 Anträge sind zusammengefasst für alle Schulen eines Antragstellers zu stellen, für das Jahr 2009 bis spätestens 30. 6. 2009, für das Jahr 2010 bis spätestens 28. 2. 2010.

7.4 Auszahlungen bewilligter Zuwendungen sind nur innerhalb der in Nummer 4.1 genannten Förderzeiträume zulässig.

7.5 Abweichend von Nummer 5 der AN-Best-GK/Nummer 6 der AnBest-P ist der Verwendungsnachweis entsprechend dem zur Verfügung gestellten Vordruck spätestens drei Monate nach Beendigung der Maßnahme vorzulegen.

7.6 Die für die Antragstellung und den Nachweis der Verwendung erforderlichen Vordrucke werden von der Bewilligungsbehörde zur Verfügung gestellt.

7.7 Der Bundesrechnungshof und der LRH sind berechtigt, bei den Zuwendungsempfängern zu prüfen, ob die Zuwendung bestimmungsgemäß und den Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entsprechend verwendet wurde.

8. Schlussbestimmungen

Dieser RdErl. tritt mit Wirkung vom 12. 3. 2009 in Kraft und mit Ablauf des 31. 12. 2011 außer Kraft.

An die
Region Hannover, Landkreise, Städte und Gemeinden
Träger von Ersatzschulen

– Nds. MBl. Nr. 27/2009 S. 598

Anlage**Zuwendungshöchstbeträge für die Träger öffentlicher Schulen**

Amtlicher Gemeindegchlüssel	Träger	Schüler allgemein bildender Schulen	Schüler berufsbildender Schulen	Schüler gesamt	Zuwendungshöchstbetrag
101000	Stadt Braunschweig	25 668	12 841	38 509	3 883 248
102000	Stadt Salzgitter	12 146	3 537	15 683	1 581 474
103000	Stadt Wolfsburg	13 649	6 033	19 682	1 984 733
151000	Landkreis Gifhorn	5 489	4 582	10 071	1 015 560
151009	Stadt Gifhorn	3 334		3 334	336 201
151025	Gemeinde Sassenburg	1 007		1 007	101 546
151040	Stadt Wittingen	1 345		1 345	135 630
151401	Samtgemeinde Boldecker Land	796		796	80 269
151402	Samtgemeinde Brome	1 108		1 108	111 731
151403	Samtgemeinde Hankensbüttel	572		572	57 680
151404	Samtgemeinde Isenbüttel	1 255		1 255	126 554
151405	Samtgemeinde Meinersen	2 007		2 007	202 386
151406	Samtgemeinde Papenteich	1 936		1 936	195 226
151407	Samtgemeinde Wesendorf	1 470		1 470	148 235
152000	Landkreis Göttingen	6 644	8 272	14 916	1 504 129
152000	Stadt Göttingen	14 933		14 933	1 505 844
152001	Gemeinde Adelebsen	245		245	24 706
152004	Gemeinde Bovenden	507		507	51 126
152007	Stadt Duderstadt	854		854	86 117
152009	Gemeinde Friedland	303		303	30 555
152011	Gemeinde Gleichen	489		489	49 311
152016	Stadt Hann. Münden	910		910	91 764
152021	Gemeinde Rosdorf	420		420	42 353
152026	Gemeinde Staufenberg	268		268	27 025
152401	Samtgemeinde Dransfeld	378		378	38 118
152402	Samtgemeinde Gieboldehausen	645		645	65 042
152403	Samtgemeinde Radolfshausen	332		332	33 479
153000	Landkreis Goslar	5 879	4 925	10 804	1 089 475
153002	Stadt Bad Harzburg	643		643	64 840
153003	Stadt Braunlage	143		143	14 420
153005	Stadt Goslar	4 629		4 629	466 788
153007	Stadt Langelsheim	454		454	45 781
153008	Gemeinde Liebenburg	365		365	36 807
153010	Gemeinde Sankt Andreasberg	56		56	5 647

Amtlicher Gemeinde- schlüssel	Träger	Schüler allgemein bildender Schulen	Schüler berufsbildender Schulen	Schüler gesamt	Zuwendungs- höchstbetrag
153012	Stadt Seesen	820		820	82 689
153013	Stadt Vienenburg	461		461	46 487
153401	Samtgemeinde Lutter am Barenberge	165		165	16 639
153402	Samtgemeinde Oberharz	461		461	46 487
154000	Landkreis Helmstedt	6 525	1 546	8 071	813 880
154003	Gemeinde Büddenstedt	86		86	8 672
154010	Stadt Helmstedt	796		796	80 269
154013	Stadt Königslutter am Elm	502		502	50 622
154014	Gemeinde Lehre	429		429	43 260
154019	Stadt Schöningen	424		424	42 756
154401	Samtgemeinde Grasleben	157		157	15 832
154402	Samtgemeinde Heeseberg	157		157	15 832
154403	Samtgemeinde Nord-Elm	199		199	20 067
154404	Samtgemeinde Velpke	469		469	47 294
155000	Landkreis Northeim	8 707	4 423	13 130	1 324 029
155001	Stadt Bad Gandersheim	369		369	37 210
155003	Stadt Dassel	423		423	42 655
155004	Stadt Einbeck	2 758		2 758	278 117
155005	Stadt Hardegsen	314		314	31 664
155006	Gemeinde Kalefeld	278		278	28 034
155007	Gemeinde Katlenburg-Lindau	335		335	33 781
155008	Gemeinde Kreiensen	236		236	23 798
155009	Stadt Moringen	297		297	29 949
155010	Gemeinde Nörten-Hardenberg	314		314	31 664
155011	Stadt Northeim	1 095		1 095	110 420
155012	Stadt Uslar	560		560	56 470
156000	Landkreis Osterode am Harz	5 233	2 749	7 982	804 905
156002	Stadt Bad Lauterberg im Harz	368		368	37 109
156003	Stadt Bad Sachsa	251		251	25 311
156009	Stadt Herzberg am Harz	557		557	56 168
156011	Stadt Osterode am Harz	826		826	83 294
156401	Samtgemeinde Bad Grund (Harz)	325		325	32 773
156402	Samtgemeinde Hattorf am Harz	349		349	35 193
156403	Samtgemeinde Walkenried	150		150	15 126
157000	Landkreis Peine	7 175	2 189	9 364	944 266
157001	Gemeinde Edemissen	614		614	61 916
157002	Gemeinde Hohenhameln	348		348	35 092
157003	Gemeinde Ilsede	441		441	44 470
157004	Gemeinde Lahstedt	480		480	48 403
157005	Gemeinde Lengede	599		599	60 403
157006	Stadt Peine	5 717		5 717	576 502
157007	Gemeinde Vechelde	662		662	66 756
157008	Gemeinde Wendeburg	493		493	49 714
158000	Landkreis Wolfenbüttel	2 872	1 726	4 598	463 662
158006	Gemeinde Cremlingen	620		620	62 521
158037	Stadt Wolfenbüttel	7 388		7 388	745 006
158401	Samtgemeinde Asse	440		440	44 370
158402	Samtgemeinde Baddeckenstedt	479		479	48 302
158403	Samtgemeinde Oderwald	343		343	34 588
158404	Samtgemeinde Schladen	351		351	35 395
158405	Samtgemeinde Schöppenstedt	384		384	38 723
158406	Samtgemeinde Sickinge	372		372	37 512
241000	Region Hannover	2 710	39 076	41 786	4 213 700

Amtlicher Gemeinde- schlüssel	Träger	Schüler allgemein bildender Schulen	Schüler berufsbildender Schulen	Schüler gesamt	Zuwendungs- höchstbetrag
241001	Landeshauptstadt Hannover	46 382		46 382	4 677 161
241002	Stadt Barsinghausen	4 468		4 468	450 553
241003	Stadt Burgdorf	3 024		3 024	304 940
241004	Stadt Burgwedel	2 691		2 691	271 360
241005	Stadt Garbsen	7 268		7 268	732 905
241006	Stadt Gehrden	1 946		1 946	196 235
241007	Stadt Hemmingen	2 271		2 271	229 008
241008	Gemeinde Isernhagen	2 147		2 147	216 503
241009	Stadt Laatzen	4 095		4 095	412 940
241010	Stadt Langenhagen	5 772		5 772	582 048
241011	Stadt Lehrte	4 705		4 705	474 452
241012	Stadt Neustadt am Rübenberge	5 668		5 668	571 561
241013	Stadt Pattensen	1 367		1 367	137 848
241014	Stadt Ronnenberg	2 367		2 367	238 688
241015	Stadt Seelze	3 321		3 321	334 890
241016	Stadt Sehnde	2 720		2 720	274 285
241017	Stadt Springe	3 605		3 605	363 528
241018	Gemeinde Uetze	2 702		2 702	272 470
241019	Gemeinde Wedemark	3 416		3 416	344 469
241020	Gemeinde Wennigsen (Deister)	1 405		1 405	141 680
241021	Stadt Wunstorf	5 134		5 134	517 713
251000	Landkreis Diepholz	9 321	5 418	14 739	1 486 281
251007	Stadt Bassum	639		639	64 437
251012	Stadt Diepholz	663		663	66 857
251037	Gemeinde Stuhr	3 738		3 738	376 940
251040	Stadt Sulingen	491		491	49 512
251041	Stadt Syke	2 087		2 087	210 453
251042	Stadt Twistringen	1 070		1 070	107 899
251044	Gemeinde Wagenfeld	248		248	25 008
251047	Gemeinde Weyhe	3 490		3 490	351 932
251401	Samtgemeinde Altes Amt Lemförde	308		308	31 059
251402	Samtgemeinde Barnstorf	522		522	52 638
251403	Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen	1 932		1 932	194 823
251404	Samtgemeinde Kirchdorf	258		258	26 017
251405	Samtgemeinde Rehden	200		200	20 168
251406	Samtgemeinde Schwaförden	277		277	27 933
251407	Samtgemeinde Siedenburg	220		220	22 185
252000	Landkreis Hameln-Pyrmont	4 355	5 559	9 914	999 728
252001	Gemeinde Aerzen	444		444	44 773
252002	Stadt Bad Münder am Deister	757		757	76 336
252003	Stadt Bad Pyrmont	2 255		2 255	227 394
252004	Gemeinde Coppenbrügge	334		334	33 681
252005	Gemeinde Emmerthal	416		416	41 949
252006	Stadt Hameln	8 222		8 222	829 106
252007	Stadt Hessisch Oldendorf	762		762	76 840
252008	Gemeinde Salzhemmendorf	357		357	36 000
254000	Landkreis Hildesheim	10 357	8 785	19 142	1 930 279
254002	Stadt Alfeld (Leine)	693		693	69 882
254003	Gemeinde Algermissen	404		404	40 739
254005	Stadt Bad Salzdetfurth	545		545	54 958
254008	Stadt Bockenheim	399		399	40 235
254011	Gemeinde Diekholzen	245		245	24 706
254014	Stadt Elze	346		346	34 891

Amtlicher Gemeinde- schlüssel	Träger	Schüler allgemein bildender Schulen	Schüler berufsbildender Schulen	Schüler gesamt	Zuwendungs- höchstbetrag
254017	Gemeinde Giesen	427		427	43 059
254020	Gemeinde Harsum	554		554	55 865
254021	Stadt Hildesheim	9 736		9 736	981 778
254022	Gemeinde Holle	336		336	33 882
254026	Gemeinde Nordstemmen	555		555	55 966
254028	Stadt Sarstedt	609		609	61 412
254029	Gemeinde Schellerten	382		382	38 521
254032	Gemeinde Söhlde	343		343	34 588
254401	Samtgemeinde Freden (Leine)	181		181	18 252
254402	Samtgemeinde Gronau (Leine)	501		501	50 521
254403	Samtgemeinde Lamspringe	255		255	25 714
254404	Samtgemeinde Sibbesse	256		256	25 815
254405	Samtgemeinde Duingen	180		180	18 151
255000	Landkreis Holzminden	4 007	2 163	6 170	622 183
255008	Gemeinde Delligsen	304		304	30 655
255023	Stadt Holzminden	734		734	74 017
255401	Samtgemeinde Bevern	292		292	29 445
255402	Samtgemeinde Bodenwerder	396		396	39 933
255403	Samtgemeinde Boffzen	267		267	26 924
255405	Samtgemeinde Eschershausen	236		236	23 798
255406	Samtgemeinde Polle	176		176	17 748
255407	Samtgemeinde Stadtoldendorf	410		410	41 344
256000	Landkreis Nienburg (Weser)	6 401	3 306	9 707	978 854
256022	Stadt Nienburg (Weser)	4 854		4 854	489 477
256025	Stadt Rehburg-Loccum	412		412	41 546
256030	Gemeinde Steyerberg	231		231	23 294
256032	Gemeinde Stolzenau	325		325	32 773
256401	Samtgemeinde Eystrup	274		274	27 630
256402	Samtgemeinde Heemsen	275		275	27 731
256403	Samtgemeinde Grafschaft Hoya	444		444	44 773
256404	Samtgemeinde Landesbergen	371		371	37 412
256405	Samtgemeinde Liebenau	241		241	24 302
256406	Samtgemeinde Marklohe	389		389	39 227
256407	Samtgemeinde Steimbke	337		337	33 983
256408	Samtgemeinde Uchte	573		573	57 781
257000	Landkreis Schaumburg	13 055	3 846	16 901	1 704 297
257003	Gemeinde Auetal	303		303	30 555
257009	Stadt Bückeburg	745		745	75 126
257028	Stadt Obernkirchen	355		355	35 798
257031	Stadt Rinteln	1 047		1 047	105 579
257035	Stadt Stadthagen	932		932	93 983
257401	Samtgemeinde Eilsen	202		202	20 370
257402	Samtgemeinde Lindhorst	356		356	35 899
257403	Samtgemeinde Nenndorf	609		609	61 412
257404	Samtgemeinde Niedernwöhren	384		384	38 723
257405	Samtgemeinde Nienstädt	448		448	45 176
257406	Samtgemeinde Rodenberg	776		776	78 252
257407	Samtgemeinde Sachsenhagen	399		399	40 235
351000	Landkreis Celle	14 163	6 097	20 260	2 043 018
351004	Stadt Bergen	537		537	54 151
351006	Stadt Celle	2 543		2 543	256 436
351010	Gemeinde Faßberg	257		257	25 916
351012	Gemeinde Hambühren	443		443	44 672

Amtlicher Gemeinde- schlüssel	Träger	Schüler allgemein bildender Schulen	Schüler berufsbildender Schulen	Schüler gesamt	Zuwendungs- höchstbetrag
351013	Gemeinde Hermannsburg	363		363	36 605
351020	Gemeinde Unterlüß	142		142	14 319
351023	Gemeinde Wietze	341		341	34 386
351024	Gemeinde Winsen (Aller)	555		555	55 966
351401	Samtgemeinde Eschede	264		264	26 622
351402	Samtgemeinde Flotwedel	511		511	51 529
351403	Samtgemeinde Lachendorf	634		634	63 933
351404	Samtgemeinde Wathlingen	677		677	68 269
351501	Gemeinde Lohheide, Gfr. Bezirk	33		33	3 328
352000	Landkreis Cuxhaven	10 479	4 834	15 313	1 544 163
352011	Stadt Cuxhaven	5 472		5 472	551 796
352030	Stadt Langen	718		718	72 403
352032	Gemeinde Loxstedt	678		678	68 370
352040	Gemeinde Nordholz	306		306	30 857
352050	Gemeinde Schiffdorf	657		657	66 252
352401	Samtgemeinde Am Dobrock	534		534	53 849
352402	Samtgemeinde Bederkesa	528		528	53 244
352403	Samtgemeinde Beverstedt	574		574	57 882
352404	Samtgemeinde Börde Lamstedt	283		283	28 538
352405	Samtgemeinde Hadeln	434		434	43 765
352406	Samtgemeinde Hagen	545		545	54 958
352407	Samtgemeinde Hemmoor	630		630	63 529
352408	Samtgemeinde Land Wursten	459		459	46 286
352409	Samtgemeinde Sietland	236		236	23 798
353000	Landkreis Harburg	16 885	4 259	21 144	2 132 161
353005	Stadt Buchholz i.d. Nordheide	2 112		2 112	212 974
353026	Gemeinde Neu Wulmstorf	1 147		1 147	115 663
353029	Gemeinde Rosengarten	567		567	57 176
353031	Gemeinde Seevetal	1 885		1 885	190 083
353032	Gemeinde Stelle	489		489	49 311
353040	Stadt Winsen (Luhe)	1 849		1 849	186 453
353401	Samtgemeinde Elbmarsch	498		498	50 218
353402	Samtgemeinde Hanstedt	562		562	56 672
353403	Samtgemeinde Hollenstedt	493		493	49 714
353404	Samtgemeinde Jesteburg	460		460	46 386
353405	Samtgemeinde Salzhausen	643		643	64 840
353406	Samtgemeinde Tostedt	1 386		1 386	139 764
354000	Landkreis Lüchow-Dannenberg	3 387	1 307	4 694	473 343
354403	Samtgemeinde Gartow	102		102	10 286
354406	Samtgemeinde Elbtalau	779		779	78 554
354407	Samtgemeinde Lüchow (Wendland)	1 007		1 007	101 546
355000	Landkreis Lüneburg	8 020	6 616	14 636	1 475 894
355001	Gemeinde Adendorf	376		376	37 916
355009	Stadt Bleckede	421		421	42 454
355022	Stadt Lüneburg	8 008		8 008	807 527
355049	Gemeinde Amt Neuhaus	285		285	28 739
355401	Samtgemeinde Amelinghausen	376		376	37 916
355402	Samtgemeinde Bardowick	843		843	85 008
355403	Samtgemeinde Dahlenburg	254		254	25 613
355404	Samtgemeinde Gellersen	538		538	54 252
355405	Samtgemeinde Ilmenau	323		323	32 571
355406	Samtgemeinde Ostheide	499		499	50 319
355407	Samtgemeinde Scharnebeck	794		794	80 067

Amtlicher Gemeinde- schlüssel	Träger	Schüler allgemein bildender Schulen	Schüler berufsbildender Schulen	Schüler gesamt	Zuwendungs- höchstbetrag
356000	Landkreis Osterholz	4 334	2 240	6 574	662 922
356002	Gemeinde Grasberg	360		360	36 302
356005	Gemeinde Lilienthal	1 265		1 265	127 563
356007	Stadt Osterholz-Scharmbeck	3 078		3 078	310 386
356008	Gemeinde Ritterhude	1 082		1 082	109 109
356009	Gemeinde Schwanewede	2 550		2 550	257 142
356011	Gemeinde Worpswede	369		369	37 210
356401	Samtgemeinde Hambergen	1 380		1 380	139 159
357000	Landkreis Rotenburg (Wümme)	4 385	6 168	10 553	1 064 165
357008	Stadt Bremervörde	1 620		1 620	163 361
357016	Gemeinde Gnarrenburg	907		907	91 462
357039	Stadt Rotenburg (Wümme)	1 630		1 630	164 369
357041	Gemeinde Scheeßel	1 181		1 181	119 092
357051	Stadt Visselhövede	982		982	99 025
357401	Samtgemeinde Bothel	787		787	79 361
357402	Samtgemeinde Fintel	678		678	68 370
357403	Samtgemeinde Geestequelle	694		694	69 983
357404	Samtgemeinde Selsingen	998		998	100 638
357405	Samtgemeinde Sittensen	1 110		1 110	111 932
357406	Samtgemeinde Sottrum	1 698		1 698	171 226
357407	Samtgemeinde Tarmstedt	1 695		1 695	170 924
357408	Samtgemeinde Zeven	2 226		2 226	224 470
358000	Landkreis Soltau-Fallingb.ostel	11 241	4 600	15 841	1 597 406
358002	Gemeinde Bispingen	266		266	26 823
358004	Gemeinde Bomlitz	313		313	31 563
358008	Stadt Bad Fallingb.ostel	470		470	47 395
358016	Stadt Munster	661		661	66 655
358017	Gemeinde Neuenkirchen	240		240	24 202
358019	Stadt Schneverdingen	796		796	80 269
358021	Stadt Soltau	890		890	89 748
358022	Stadt Walsrode	927		927	93 479
358023	Gemeinde Wietzendorf	276		276	27 832
358401	Samtgemeinde Ahlden	345		345	34 790
358402	Samtgemeinde Rethem/Aller	196		196	19 765
358403	Samtgemeinde Schwarmstedt	532		532	53 647
359000	Landkreis Stade	4 392	6 869	11 261	1 135 559
359010	Stadt Buxtehude	5 537		5 537	558 351
359013	Gemeinde Drochtersen	1 473		1 473	148 537
359028	Gemeinde Jork	1 037		1 037	104 571
359038	Stadt Stade	3 776		3 776	380 772
359401	Samtgemeinde Apensen	778		778	78 454
359402	Samtgemeinde Fredenbeck	1 241		1 241	125 142
359403	Samtgemeinde Harsefeld	2 163		2 163	218 117
359404	Samtgemeinde Himmelpforten	988		988	99 630
359405	Samtgemeinde Horneburg	997		997	100 537
359406	Samtgemeinde Lühe	737		737	74 319
359407	Samtgemeinde Nordkehdingen	640		640	64 538
359408	Samtgemeinde Oldendorf	709		709	71 496
360000	Landkreis Uelzen	3 527	3 121	6 648	670 384
360004	Gemeinde Bienenbüttel	292		292	29 445
360025	Stadt Uelzen	5 058		5 058	510 049
360401	Samtgemeinde Bevensen	637		637	64 235
360402	Samtgemeinde Bodenteich	257		257	25 916

Amtlicher Gemeinde- schlüssel	Träger	Schüler allgemein bildender Schulen	Schüler berufsbildender Schulen	Schüler gesamt	Zuwendungs- höchstbetrag
360403	Samtgemeinde Altes Amt Ebstorf	445		445	44 874
360404	Samtgemeinde Rosche	300		300	30 252
360405	Samtgemeinde Suderburg	268		268	27 025
360406	Samtgemeinde Wrestedt	321		321	32 370
361000	Landkreis Verden	5 200	3 323	8 523	859 459
361001	Stadt Achim	2 223		2 223	224 167
361003	Gemeinde Dörverden	802		802	80 874
361005	Gemeinde Kirchlinteln	922		922	92 974
361006	Gemeinde Langwedel	1 258		1 258	126 857
361008	Gemeinde Ottersberg	1 286		1 286	129 680
361009	Gemeinde Oyten	1 256		1 256	126 655
361012	Stadt Verden (Aller)	2 084		2 084	210 151
361401	Samtgemeinde Thedinghausen	1 358		1 358	136 941
401000	Stadt Delmenhorst	9 057	3 233	12 290	1 239 324
402000	Stadt Emden	6 322	4 794	11 116	1 120 937
403000	Stadt Oldenburg	16 243	12 475	28 718	2 895 923
404000	Stadt Osnabrück	16 816	9 793	26 609	2 683 252
405000	Stadt Wilhelmshaven	7 402	3 573	10 975	1 106 719
451000	Landkreis Ammerland		3 260	3 260	328 738
451001	Gemeinde Apen	1 086		1 086	109 512
451002	Gemeinde Bad Zwischenahn	3 566		3 566	359 595
451004	Gemeinde Edewecht	2 338		2 338	235 764
451005	Gemeinde Rastede	2 933		2 933	295 764
451007	Stadt Westerstede	3 495		3 495	352 436
451008	Gemeinde Wiefelstede	1 345		1 345	135 630
452000	Landkreis Aurich	6 633	5 466	12 099	1 220 063
452001	Stadt Aurich (Ostfriesland)	2 690		2 690	271 260
452002	Gemeinde Baltrum	50		50	5 042
452006	Gemeinde Großefehn	1 461		1 461	147 327
452007	Gemeinde Großheide	842		842	84 907
452011	Gemeinde Hinte	609		609	61 412
452012	Gemeinde Ihlow	1 281		1 281	129 176
452013	Gemeinde Juist	121		121	12 202
452014	Gemeinde Krummhörn	1 250		1 250	126 050
452019	Stadt Norden	1 993		1 993	200 974
452020	Stadt Norderney	523		523	52 739
452023	Gemeinde Südbrookmerland	1 863		1 863	187 865
452025	Stadt Wiesmoor	2 092		2 092	210 957
452027	Gemeinde Dornum	289		289	29 143
452401	Samtgemeinde Brookmerland	1 310		1 310	132 100
452403	Samtgemeinde Hage	1 213		1 213	122 319
453000	Landkreis Cloppenburg	4 694	6 835	11 529	1 162 584
453001	Gemeinde Barßel	1 283		1 283	129 378
453002	Gemeinde Bösel	796		796	80 269
453003	Gemeinde Cappeln (Oldenburg)	654		654	65 949
453004	Stadt Cloppenburg	2 731		2 731	275 394
453005	Gemeinde Emstek	1 314		1 314	132 504
453006	Gemeinde Essen (Oldenburg)	825		825	83 193
453007	Stadt Friesoythe	2 279		2 279	229 814
453008	Gemeinde Garrel	1 400		1 400	141 176
453009	Gemeinde Lastrup	619		619	62 420
453010	Gemeinde Lindern (Oldenburg)	480		480	48 403
453011	Stadt Lönigen	1 340		1 340	135 126

Amtlicher Gemeinde- schlüssel	Träger	Schüler allgemein bildender Schulen	Schüler berufsbildender Schulen	Schüler gesamt	Zuwendungs- höchstbetrag
453012	Gemeinde Molbergen	986		986	99 428
453013	Gemeinde Saterland	1 339		1 339	135 025
454000	Landkreis Emsland	8 093	13 067	21 160	2 133 774
454010	Gemeinde Emsbüren	990		990	99 832
454014	Gemeinde Geeste	1 118		1 118	112 739
454018	Stadt Haren (Ems)	2 177		2 177	219 529
454019	Stadt Haselünne	1 218		1 218	122 823
454032	Stadt Lingen (Ems)	3 244		3 244	327 125
454035	Stadt Meppen	2 499		2 499	251 999
454041	Stadt Papenburg	2 413		2 413	243 327
454044	Gemeinde Rhede (Ems)	390		390	39 328
454045	Gemeinde Salzbergen	698		698	70 386
454054	Gemeinde Twist	976		976	98 420
454401	Samtgemeinde Dörpen	1 521		1 521	153 378
454402	Samtgemeinde Freren	955		955	96 302
454403	Samtgemeinde Herzlake	908		908	91 563
454404	Samtgemeinde Lathen	1 093		1 093	110 218
454405	Samtgemeinde Lengerich	907		907	91 462
454406	Samtgemeinde Nordhümmling	1 374		1 374	138 554
454407	Samtgemeinde Sögel	1 352		1 352	136 336
454408	Samtgemeinde Spelle	1 261		1 261	127 159
454409	Samtgemeinde Werlte	1 740		1 740	175 462
455000	Landkreis Friesland	7 374	3 425	10 799	1 088 971
455007	Stadt Jever	551		551	55 563
455014	Gemeinde Sande	371		371	37 412
455015	Stadt Schortens	963		963	97 109
455020	Gemeinde Wangerland	381		381	38 420
455021	Gemeinde Wangerooge, Nordseebad	43		43	4 336
455025	Gemeinde Bockhorn	398		398	40 134
455026	Stadt Varel	1 016		1 016	102 453
455027	Gemeinde Zetel	597		597	60 201
456000	Landkreis Grafschaft Bentheim	3 925	5 045	8 970	904 535
456001	Stadt Bad Bentheim	1 269		1 269	127 966
456015	Stadt Nordhorn	4 524		4 524	456 200
456025	Gemeinde Wietmarschen	1 393		1 393	140 470
456401	Samtgemeinde Emlichheim	1 721		1 721	173 546
456402	Samtgemeinde Neuenhaus	1 423		1 423	143 495
456403	Samtgemeinde Schüttorf	1 451		1 451	146 319
456404	Samtgemeinde Uelsen	1 030		1 030	103 865
457000	Landkreis Leer	11 877	5 586	17 463	1 760 969
457002	Stadt Borkum	170		170	17 143
457012	Gemeinde Jemgum	154		154	15 529
457013	Stadt Leer (Ostfriesland)	1 372		1 372	138 352
457014	Gemeinde Moormerland	955		955	96 302
457017	Gemeinde Ostrhauderfehn	445		445	44 874
457018	Gemeinde Rhaderfehn	867		867	87 428
457020	Gemeinde Uplengen	572		572	57 680
457021	Stadt Weener	687		687	69 277
457022	Gemeinde Westoverledingen	965		965	97 311
457024	Gemeinde Bunde	323		323	32 571
457402	Samtgemeinde Hesel	526		526	53 042
457403	Samtgemeinde Jümme	269		269	27 126
458000	Landkreis Oldenburg	4 401	1 860	6 261	631 359

Amtlicher Gemeinde- schlüssel	Träger	Schüler allgemein bildender Schulen	Schüler berufsbildender Schulen	Schüler gesamt	Zuwendungs- höchstbetrag
458003	Gemeinde Dötlingen	274		274	27 630
458005	Gemeinde Ganderkesee	2 537		2 537	255 831
458007	Gemeinde Großenkneten	1 776		1 776	179 092
458009	Gemeinde Hatten	1 168		1 168	117 781
458010	Gemeinde Hude (Oldenburg)	1 471		1 471	148 336
458013	Gemeinde Wardenburg	1 368		1 368	137 949
458014	Stadt Wildeshausen	1 840		1 840	185 546
458401	Samtgemeinde Harpstedt	857		857	86 420
459000	Landkreis Osnabrück	9 142	9 282	18 424	1 857 876
459003	Gemeinde Bad Essen	1 377		1 377	138 857
459004	Stadt Bad Iburg	1 038		1 038	104 672
459005	Gemeinde Bad Laer	827		827	83 395
459006	Gemeinde Bad Rothenfelde	251		251	25 311
459008	Gemeinde Belm	978		978	98 622
459012	Gemeinde Bissendorf	1 063		1 063	107 193
459013	Gemeinde Bohmte	1 272		1 272	128 268
459014	Stadt Bramsche	2 663		2 663	268 537
459015	Stadt Dissen am Teutoburger Wald	1 044		1 044	105 277
459019	Stadt Georgsmarienhütte	2 590		2 590	261 176
459020	Gemeinde Hagen am Teutoburger Wald	1 210		1 210	122 016
459021	Gemeinde Hasbergen	817		817	82 386
459022	Gemeinde Hilter am Teutoburger Wald	839		839	84 605
459024	Stadt Melle	4 097		4 097	413 141
459029	Gemeinde Ostercappeln	950		950	95 798
459033	Gemeinde Wallenhorst	1 843		1 843	185 848
459034	Gemeinde Glandorf	744		744	75 025
459401	Samtgemeinde Artland	1 799		1 799	181 411
459402	Samtgemeinde Bersenbrück	2 801		2 801	282 453
459403	Samtgemeinde Fürstenau	2 189		2 189	220 739
459404	Samtgemeinde Neuenkirchen	802		802	80 874
460000	Landkreis Vechta	4 750	4 554	9 304	938 215
460001	Gemeinde Bakum	607		607	61 210
460002	Stadt Damme	1 510		1 510	152 268
460003	Stadt Dinklage	1 284		1 284	129 479
460004	Gemeinde Goldenstedt	830		830	83 697
460005	Gemeinde Holdorf	618		618	62 319
460006	Stadt Lohne (Oldenburg)	2 603		2 603	262 487
460007	Gemeinde Neuenkirchen-Vörden	855		855	86 218
460008	Gemeinde Steinfeld (Oldenburg)	958		958	96 605
460009	Stadt Vechta	2 094		2 094	211 159
460010	Gemeinde Visbek	994		994	100 235
461000	Landkreis Wesermarsch	6 663	2 708	9 371	944 972
461001	Gemeinde Berne	315		315	31 765
461002	Stadt Brake (Unterweser)	622		622	62 722
461003	Gemeinde Butjadingen	279		279	28 134
461004	Stadt Elsfleth	378		378	38 118
461005	Gemeinde Jade	283		283	28 538
461006	Gemeinde Lemwerder	275		275	27 731
461007	Stadt Nordenham	1 157		1 157	116 672
461008	Gemeinde Ovelgönne	263		263	26 521
461009	Gemeinde Stadland	356		356	35 899
462000	Landkreis Wittmund	3 818	1 978	5 796	584 469
462005	Gemeinde Friedeburg	490		490	49 412

Amtlicher Gemeindegchlüssel	Träger	Schüler allgemein bildender Schulen	Schüler berufsbildender Schulen	Schüler gesamt	Zuwendungshöchstbetrag
462014	Gemeinde Spiekeroog	36		36	3 630
462019	Stadt Wittmund	978		978	98 622
462401	Samtgemeinde Esens	595		595	60 000
462402	Samtgemeinde Holtriem	445		445	44 874
500000	Schulzweckverband Hasenwinkel	207		207	20 874
500000	Zweckverband Förderzentrum Hildesheim	298		298	30 050
	Gesamt	899 266	267 344	1 166 610	117 640 952

**Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen
im Rahmen des Konjunkturpakets II
– Förderschwerpunkt Schulinfrastruktur;
Medienausstattung –**

RdErl. d. MK v. 23. 3. 2009 – 23-81 345 –

– VORIS 22410 –

1. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage

1.1 Das Land gewährt unter finanzieller Beteiligung des Bundes auf der Grundlage der zwischen Bund und Ländern abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des ZuInvG Zuwendungen zur Verbesserung der technischen Ausstattung, damit die digitalen Medien als selbstverständlicher Bestandteil einer an den Erfordernissen der Wissensgesellschaft orientierten Lernkultur in erhöhtem Maße genutzt werden. Dabei steht die Förderung der Vermittlung von Medienkompetenz ebenso im Vordergrund wie eine moderne IT-Ausstattung für mobiles Lernen, die dem notwendigen flexiblen Umgang mit digitalen Medien in der Schule gerecht wird. Die Zuwendungen werden nach Maßgabe dieser Richtlinie und der VV/VV-Gk zu § 44 LHO gewährt.

1.2 Ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht, vielmehr entscheidet die zuständige Bewilligungsstelle aufgrund pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

2. Gegenstand der Förderung

2.1 Nach Maßgabe des Artikels 104 b GG, des § 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b ZuInvG sowie der o. a. Verwaltungsvereinbarung werden folgende Vorhaben gefördert:

2.1.1 Verbesserung der Medienausstattung für mobiles Lernen in allgemein bildenden Schulen Niedersachsens

Gefördert wird die Infrastruktur für mobiles Lernen an allgemein bildenden Schulen Niedersachsens, bestehend aus der erforderlichen Hard- und Software (z. B. Schulserver, Whiteboards, mobile Rechner, USB-Sticks), dem Strom- und Datennetz und dem notwendigen Mobilien.

Nicht gefördert wird die Einrichtung oder Ausstattung von Computerräumen.

Auf den Seiten des Niedersächsischen Bildungsservers werden unter der Internetadresse <http://konjunkturpaket.nibis.de> Beratungsunterlagen und Ausstattungsbeispiele bereitgestellt, die als Planungshilfe auch einen ungefähren Kostenrahmen enthalten.

2.1.2 Digitale Unterrichtsmedien

Gefördert wird die Beschaffung didaktisch aufbereiteter, digitaler Online-Unterrichtsmedien für alle Unterrichtsfächer, die zentral bereitgestellt werden und landesweit an allen Schulen von allen Lehrkräften und allen Schülerinnen und Schülern genutzt werden dürfen. Die Beschaffung erfolgt über die kommunalen Medienzentren in Abstimmung mit dem NiLS.

2.2 Nicht gefördert werden Personal-, Betriebs- und Verwaltungskosten (z. B. Folgekosten für Kantinenpersonal, sozialpädagogische Fachkräfte, Hausmeister) sowie Ausgaben für Grundstücke und Erschließung. Dies gilt nicht für Personal-, Betriebs- und Verwaltungskosten, soweit sie in unmittelbarem Zusammenhang mit den Investitionen stehen (z. B. Architektenhonorare, Ingenieurleistungen).

3. Zuwendungsempfänger

3.1 Zuwendungsempfänger sind bei Vorhaben nach Nummer 2.1.1:

Träger von öffentlichen allgemein bildenden Schulen, finanzhilfeberechtigte Träger von allgemein bildenden Ersatzschulen i. S. von § 149 Abs. 1 NSchG, Träger der Schulen nach § 154 NSchG und finanzhilfeberechtigte Träger der Schulen nach § 161 Abs. 3 NSchG.

3.2 Zuwendungsempfänger sind bei Vorhaben nach Nummer 2.1.2:

Träger von kommunalen Medienzentren.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Gefördert werden Investitionsvorhaben nach Nummer 2.1.1, wenn sie am 27. 1. 2009 oder später begonnen wurden. Soweit Investitionen schon vor dem 27. 1. 2009 begonnen wurden, aber noch nicht abgeschlossen sind, können sie gefördert werden, wenn gegenüber der Bewilligungsbehörde erklärt wird, dass es sich um selbstständige Abschnitte eines laufenden Vorhabens handelt und die Finanzierung dieser Abschnitte bislang nicht gesichert ist. Eine Ausnahme vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmebeginns nach Nummer 1.3 der VV/VV-Gk zu § 44 LHO gilt ab dem 27. 1. 2009 als erteilt. Ein Anspruch auf Bewilligung kann daraus nicht hergeleitet werden.

Im Jahr 2011 können Zuwendungen nur für Investitionsvorhaben eingesetzt werden, die vor dem 31. 12. 2010 begonnen wurden und bei denen im Jahr 2011 ein selbstständiger Abschnitt des Investitionsvorhabens abgeschlossen wird.

4.2 Gefördert werden Schulen, die nach einem Medienkonzept arbeiten und in dieses das „mobile Lernen“ eingebunden haben oder einbinden werden.

4.3 Vorhaben können nur gefördert werden, wenn die Gesamtfinanzierung in Verbindung mit der Förderung gesichert ist.

4.4 Die Investitionen sollen mindestens zur Hälfte im Jahr 2009 getätigt werden.

5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

5.1 Zuwendungsart, Finanzierungsart, Form der Zuwendung

Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung als Anteilfinanzierung in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses gewährt.

5.2 Zuwendungsfähige Ausgaben

Zuwendungsfähig sind Ausgaben in marktüblicher Höhe für Hard- und Software sowie digitale Unterrichtsmedien, die zur Realisierung der in Nummer 2.1 genannten Investitionsvorhaben erforderlich sind.

5.3 Höhe der Zuwendung

5.3.1 Die Zuwendungsempfänger erhalten für die Maßnahmen nach Nummer 2.1.1 in den Jahren 2009 und 2010 insgesamt 32 400 000 EUR aus Bundes- und Landesmitteln. Die Zuwendung beträgt bis zu 90 v. H. der zuwendungsfähigen Ausgaben; sie ist jedoch in der Höhe begrenzt auf den Anteil an den zur Verfügung stehenden Fördermitteln entsprechend der Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Schulen des antragstellenden Schulträgers bezogen auf die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler nach der amtlichen Statistik der allgemein bildenden Schulen am Stichtag 4. 9. 2008.

An Schulen in freier Trägerschaft sind nur die Schülerinnen und Schüler zu berücksichtigen, für die ein Anspruch auf Finanzhilfe nach dem NSchG besteht.

Die Höchstbeträge der Zuwendungen für Träger von öffentlichen Schulen ergeben sich aus der **Anlage**.

Sofern der Zuwendungsempfänger Schulträger für Grundschulen und Schulen der Sekundarbereiche I und/oder II ist, ist die Zuwendung nach Nummer 2.1.1 zu mindestens 35 v. H. für Grundschulen aufzuwenden.

5.3.2 Die Träger von kommunalen Medienzentren erhalten für die Maßnahmen nach Nummer 2.1.2 in den Jahren 2009 und 2010 insgesamt 3 600 000 EUR aus Bundes- und Landesmitteln. Die Zuwendung beträgt bis zu 90 v. H. der zuwendungsfähigen Ausgaben, höchstens jedoch 76 500 EUR je Medienzentrum.

5.3.3 Der Zuwendungsempfänger hat, auch bei zusätzlicher Finanzierung Dritter, mindestens 10 v. H. der zuwendungsfähigen Ausgaben als Eigenanteil selbst zu tragen. Der Eigenanteil darf nicht durch EU-Mittel oder aus den Investitionszuschüssen nach dem NZuInvG ersetzt werden.

5.3.4 Der Zuwendungsbetrag wird auf volle hundert EUR abgerundet.

6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

6.1 Die Zuwendung ist wirtschaftlich und sparsam zu verwenden. Sie darf nur für zusätzliche Investitionen, deren längerfristige Nutzung gesichert ist, verwendet werden. Die Zusätzlichkeit ist gegeben, wenn die Zuwendung zur Finanzierung eines Vorhabens eingesetzt wird, dessen Gesamtfinanzierung nicht bereits durch einen beschlossenen und in Kraft getretenen Haushaltsplan der kommunalen Körperschaft bzw. durch einen Wirtschaftsplan o. Ä. eines sonstigen Zuwendungsempfängers gesichert ist. Bei der Einschätzung über die längerfristige Nutzung sind die absehbaren demografischen Entwicklungen zu berücksichtigen (Nachhaltigkeit).

6.2 Die Zuwendung darf nur für solche Investitionen genutzt werden, die nicht gleichzeitig nach anderen Gesetzen und Verwaltungsvereinbarungen als Anteilfinanzierung nach Artikel 104 b GG und nach dem bis 31. 8. 2006 geltenden Artikel 104 a Abs. 4 GG oder nach den Artikeln 91 a und 91 b GG oder mit KfW-Darlehensprogrammen mit Ausnahme der KfW-Programme „Investitionsoffensive Infrastruktur“ gefördert werden. Das Doppelförderungsverbot gilt nicht programm- sondern vorhabenbezogen.

6.3 Die mithilfe der Zuwendungen erworbenen Ausstattungen sind mindestens vier Jahre nach Anschaffung oder Fertigstellung für den Verwendungszweck zu verwenden, sofern sie nicht vorher durch eine vergleichbare Ausstattung ersetzt werden. Die mithilfe der Zuwendung erworbenen Gegenstände können auch für Zwecke der außerschulischen Bildung verwendet werden, sofern dadurch schulische Belange nicht beeinträchtigt werden.

6.4 Eine Förderung nach dieser Richtlinie begründet keinen Anspruch auf eine zusätzliche Personalausstattung.

6.5 Auf die Förderung nach dem ZuInvG durch den Bund und das Land ist in geeigneter Form hinzuweisen.

7. Anweisungen zum Verfahren

7.1 Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendungen sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des Zu-

wendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendungen gelten die VV/VV-Gk zu § 44 LHO, soweit nicht in dieser Richtlinie Abweichungen zugelassen sind.

7.2 Bewilligungsbehörde ist das Niedersächsische Kultusministerium, Schiffgraben 12, 30159 Hannover.

7.3 Anträge sind zusammengefasst für alle Schulen eines Antragstellers zu stellen, für das Jahr 2009 bis zum 30. 6. 2009, für das Jahr 2010 bis zum 28. 2. 2010.

7.4 Auszahlungen bewilligter Zuwendungen sind nur innerhalb der in Nummer 4.1 genannten Förderzeiträume zulässig.

7.5 Abweichend von Nummer 5 der AN-Best-GK/Nummer 6 der AnBest-P ist der Verwendungsnachweis entsprechend dem zur Verfügung gestellten Vordruck spätestens drei Monate nach Beendigung der Maßnahme vorzulegen.

7.6 Die für die Antragstellung und den Nachweis der Verwendung erforderlichen Vordrucke werden von der Bewilligungsbehörde zur Verfügung gestellt.

7.7 Der Bundesrechnungshof und der LRH sind berechtigt, bei den Zuwendungsempfängern zu prüfen, ob die Zuwendung bestimmungsgemäß und den Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entsprechend verwendet wurde.

8. Schlussbestimmungen

Dieser RdErl. tritt mit Wirkung vom 12. 3. 2009 in Kraft und mit Ablauf des 31. 12. 2011 außer Kraft.

An die
Region Hannover, Landkreise, Städte und Gemeinden
Träger von Ersatzschulen

— Nds. MBl. Nr. 27/2009 S. 608

Anlage

Zuwendungshöchstbeträge für die Träger öffentlicher Schulen

Amtlicher Gemeindegemeinschaftsschlüssel	Träger	Schüler allgemein bildender Schulen	Zuwendungshöchstbetrag
101000	Stadt Braunschweig	25 668	875 022
102000	Stadt Salzgitter	12 146	414 057
103000	Stadt Wolfsburg	13 649	465 294
151000	Landkreis Gifhorn	5 489	187 120
151009	Stadt Gifhorn	3 334	113 656
151025	Gemeinde Sassenburg	1 007	34 329
151040	Stadt Wittingen	1 345	45 851
151401	Samtgemeinde Boldecker Land	796	27 136
151402	Samtgemeinde Brome	1 108	37 772
151403	Samtgemeinde Hankensbüttel	572	19 499
151404	Samtgemeinde Isenbüttel	1 255	42 783
151405	Samtgemeinde Meinersen	2 007	68 419
151406	Samtgemeinde Papenteich	1 936	65 998
151407	Samtgemeinde Wesendorf	1 470	50 112
152000	Landkreis Göttingen	6 644	226 494
152000	Stadt Göttingen	14 933	509 066
152001	Gemeinde Adelebsen	245	8 352
152004	Gemeinde Bovenden	507	17 284
152007	Stadt Duderstadt	854	29 113
152009	Gemeinde Friedland	303	10 329

Amtlicher Gemeindegchlüssel	Träger	Schüler allgemein bildender Schulen	Zuwendungs-höchst-betrag
152011	Gemeinde Gleichen	489	16 670
152016	Stadt Hann. Münden	910	31 022
152021	Gemeinde Rosdorf	420	14 318
152026	Gemeinde Staufenberg	268	9 136
152401	Samtgemeinde Dransfeld	378	12 886
152402	Samtgemeinde Gieboldehausen	645	21 988
152403	Samtgemeinde Radolfshausen	332	11 318
153000	Landkreis Goslar	5 879	200 415
153002	Stadt Bad Harzburg	643	21 920
153003	Stadt Braunlage	143	4 875
153005	Stadt Goslar	4 629	157 803
153007	Stadt Langelsheim	454	15 477
153008	Gemeinde Liebenburg	365	12 443
153010	Gemeinde Sankt Andreasberg	56	1 909
153012	Stadt Seesen	820	27 954
153013	Stadt Vienenburg	461	15 715
153401	Samtgemeinde Lutter am Barenberge	165	5 625
153402	Samtgemeinde Oberharz	461	15 715
154000	Landkreis Helmstedt	6 525	222 437
154003	Gemeinde Büddenstedt	86	2 932
154010	Stadt Helmstedt	796	27 136
154013	Stadt Königslutter am Elm	502	17 113
154014	Gemeinde Lehre	429	14 625
154019	Stadt Schöningen	424	14 454
154401	Samtgemeinde Grasleben	157	5 352
154402	Samtgemeinde Heeseberg	157	5 352
154403	Samtgemeinde Nord-Elm	199	6 784
154404	Samtgemeinde Velpke	469	15 988
155000	Landkreis Northeim	8 707	296 822
155001	Stadt Bad Gandersheim	369	12 579
155003	Stadt Dassel	423	14 420
155004	Stadt Einbeck	2 758	94 020
155005	Stadt Hardegsen	314	10 704
155006	Gemeinde Kalefeld	278	9 477
155007	Gemeinde Katlenburg-Lindau	335	11 420
155008	Gemeinde Kreiensen	236	8 045
155009	Stadt Moringen	297	10 125
155010	Gemeinde Nörten-Hardenberg	314	10 704
155011	Stadt Northeim	1 095	37 329
155012	Stadt Uslar	560	19 090
156000	Landkreis Osterode am Harz	5 233	178 393

Amtlicher Gemeindegchlüssel	Träger	Schüler allgemein bildender Schulen	Zuwendungs-höchst-betrag
156002	Stadt Bad Lauterberg im Harz	368	12 545
156003	Stadt Bad Sachsa	251	8 557
156009	Stadt Herzberg am Harz	557	18 988
156011	Stadt Osterode am Harz	826	28 158
156401	Samtgemeinde Bad Grund (Harz)	325	11 079
156402	Samtgemeinde Hattorf am Harz	349	11 897
156403	Samtgemeinde Walkenried	150	5 114
157000	Landkreis Peine	7 175	244 596
157001	Gemeinde Edemissen	614	20 931
157002	Gemeinde Hohenhameln	348	11 863
157003	Gemeinde Ilsede	441	15 034
157004	Gemeinde Lahstedt	480	16 363
157005	Gemeinde Lengede	599	20 420
157006	Stadt Peine	5 717	194 893
157007	Gemeinde Vechelde	662	22 568
157008	Gemeinde Wendeburg	493	16 806
158000	Landkreis Wolfenbüttel	2 872	97 906
158006	Gemeinde Cremlingen	620	21 136
158037	Stadt Wolfenbüttel	7 388	251 857
158401	Samtgemeinde Asse	440	15 000
158402	Samtgemeinde Baddeckenstedt	479	16 329
158403	Samtgemeinde Oderwald	343	11 693
158404	Samtgemeinde Schladen	351	11 966
158405	Samtgemeinde Schöppenstedt	384	13 091
158406	Samtgemeinde Sickinge	372	12 681
241000	Region Hannover	2 710	92 384
241001	Landeshauptstadt Hannover	46 382	1 581 162
241002	Stadt Barsinghausen	4 468	152 314
241003	Stadt Burgdorf	3 024	103 088
241004	Stadt Burgwedel	2 691	91 736
241005	Stadt Garbsen	7 268	247 766
241006	Stadt Gehrden	1 946	66 339
241007	Stadt Hemmingen	2 271	77 418
241008	Gemeinde Isernhagen	2 147	73 191
241009	Stadt Laatzen	4 095	139 599
241010	Stadt Langenhagen	5 772	196 767
241011	Stadt Lehrte	4 705	160 393
241012	Stadt Neustadt am Rübenberge	5 668	193 222
241013	Stadt Pattensen	1 367	46 601
241014	Stadt Ronnenberg	2 367	80 691
241015	Stadt Seelze	3 321	113 213
241016	Stadt Sehnde	2 720	92 725

Amtlicher Gemeindegchlüssel	Träger	Schüler allgemein bildender Schulen	Zuwendungs-höchst-betrag
241017	Stadt Springe	3 605	122 894
241018	Gemeinde Uetze	2 702	92 111
241019	Gemeinde Wedemark	3 416	116 451
241020	Gemeinde Wennigsen (Deister)	1 405	47 896
241021	Stadt Wunstorf	5 134	175 018
251000	Landkreis Diepholz	9 321	317 753
251007	Stadt Bassum	639	21 784
251012	Stadt Diepholz	663	22 602
251037	Gemeinde Stuhr	3 738	127 428
251040	Stadt Sulingen	491	16 738
251041	Stadt Syke	2 087	71 146
251042	Stadt Twistringen	1 070	36 476
251044	Gemeinde Wagenfeld	248	8 454
251047	Gemeinde Weyhe	3 490	118 974
251401	Samtgemeinde Altes Amt Lemförde	308	10 500
251402	Samtgemeinde Barnstorf	522	17 795
251403	Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen	1 932	65 862
251404	Samtgemeinde Kirchdorf	258	8 795
251405	Samtgemeinde Rehden	200	6 818
251406	Samtgemeinde Schwaförden	277	9 443
251407	Samtgemeinde Siedenburg	220	7 500
252000	Landkreis Hameln-Pyrmont	4 355	148 462
252001	Gemeinde Aerzen	444	15 136
252002	Stadt Bad Münder am Deister	757	25 806
252003	Stadt Bad Pyrmont	2 255	76 873
252004	Gemeinde Coppenbrügge	334	11 386
252005	Gemeinde Emmerthal	416	14 181
252006	Stadt Hameln	8 222	280 288
252007	Stadt Hessisch Oldendorf	762	25 977
252008	Gemeinde Salzhemmendorf	357	12 170
254000	Landkreis Hildesheim	10 357	353 070
254002	Stadt Alfeld (Leine)	693	23 624
254003	Gemeinde Algermissen	404	13 772
254005	Stadt Bad Salzdetfurth	545	18 579
254008	Stadt Bockenem	399	13 602
254011	Gemeinde Diekholzen	245	8 352
254014	Stadt Elze	346	11 795
254017	Gemeinde Giesen	427	14 556
254020	Gemeinde Harsum	554	18 886
254021	Stadt Hildesheim	9 736	331 900
254022	Gemeinde Holle	336	11 454
254026	Gemeinde Nordstemmen	555	18 920

Amtlicher Gemeindegchlüssel	Träger	Schüler allgemein bildender Schulen	Zuwendungs-höchst-betrag
254028	Stadt Sarstedt	609	20 761
254029	Gemeinde Schellerten	382	13 022
254032	Gemeinde Söhlde	343	11 693
254401	Samtgemeinde Freden (Leine)	181	6 170
254402	Samtgemeinde Gronau (Leine)	501	17 079
254403	Samtgemeinde Lamspringe	255	8 693
254404	Samtgemeinde Sibbesse	256	8 727
254405	Samtgemeinde Duingen	180	6 136
255000	Landkreis Holzminden	4 007	136 599
255008	Gemeinde Delligsen	304	10 363
255023	Stadt Holzminden	734	25 022
255401	Samtgemeinde Bevern	292	9 954
255402	Samtgemeinde Bodenwerder	396	13 500
255403	Samtgemeinde Boffzen	267	9 102
255405	Samtgemeinde Eschershausen	236	8 045
255406	Samtgemeinde Polle	176	6 000
255407	Samtgemeinde Stadtoldendorf	410	13 977
256000	Landkreis Nienburg (Weser)	6 401	218 210
256022	Stadt Nienburg (Weser)	4 854	165 473
256025	Stadt Rehburg-Loccum	412	14 045
256030	Gemeinde Steyerberg	231	7 875
256032	Gemeinde Stolzenau	325	11 079
256401	Samtgemeinde Eystrup	274	9 341
256402	Samtgemeinde Heemsen	275	9 375
256403	Samtgemeinde Grafschaft Hoya	444	15 136
256404	Samtgemeinde Landesbergen	371	12 647
256405	Samtgemeinde Liebenau	241	8 216
256406	Samtgemeinde Marklohe	389	13 261
256407	Samtgemeinde Steimbke	337	11 488
256408	Samtgemeinde Uchte	573	19 534
257000	Landkreis Schaumburg	13 055	445 045
257003	Gemeinde Auetal	303	10 329
257009	Stadt Bückeburg	745	25 397
257028	Stadt Obernkirchen	355	12 102
257031	Stadt Rinteln	1 047	35 692
257035	Stadt Stadthagen	932	31 772
257401	Samtgemeinde Eilsen	202	6 886
257402	Samtgemeinde Lindhorst	356	12 136
257403	Samtgemeinde Nenndorf	609	20 761

Amtlicher Gemeindegemeinschaftsschlüssel	Träger	Schüler allgemein bildender Schulen	Zuwendungs-höchst-betrag
257404	Samtgemeinde Niedernwöhren	384	13 091
257405	Samtgemeinde Nienstädt	448	15 272
257406	Samtgemeinde Rodenberg	776	26 454
257407	Samtgemeinde Sachsenhagen	399	13 602
351000	Landkreis Celle	14 163	482 817
351004	Stadt Bergen	537	18 306
351006	Stadt Celle	2 543	86 691
351010	Gemeinde Faßberg	257	8 761
351012	Gemeinde Hambühren	443	15 102
351013	Gemeinde Hermannsburg	363	12 375
351020	Gemeinde Unterlüß	142	4 841
351023	Gemeinde Wietze	341	11 625
351024	Gemeinde Winsen (Aller)	555	18 920
351401	Samtgemeinde Eschede	264	9 000
351402	Samtgemeinde Flotwedel	511	17 420
351403	Samtgemeinde Lachendorf	634	21 613
351404	Samtgemeinde Wathlingen	677	23 079
351501	Gemeinde Lohheide, Gfr. Bezirk	33	1 125
352000	Landkreis Cuxhaven	10 479	357 229
352011	Stadt Cuxhaven	5 472	186 540
352030	Stadt Langen	718	24 477
352032	Gemeinde Loxstedt	678	23 113
352040	Gemeinde Nordholz	306	10 432
352050	Gemeinde Schiffdorf	657	22 397
352401	Samtgemeinde Am Dobrock	534	18 204
352402	Samtgemeinde Bederkesa	528	18 000
352403	Samtgemeinde Beverstedt	574	19 568
352404	Samtgemeinde Börde Lamstedt	283	9 647
352405	Samtgemeinde Hadeln	434	14 795
352406	Samtgemeinde Hagen	545	18 579
352407	Samtgemeinde Hemmoor	630	21 477
352408	Samtgemeinde Land Wursten	459	15 647
352409	Samtgemeinde Sietland	236	8 045
353000	Landkreis Harburg	16 885	575 610
353005	Stadt Buchholz i.d. Nordheide	2 112	71 998
353026	Gemeinde Neu Wulmstorf	1 147	39 101
353029	Gemeinde Rosengarten	567	19 329
353031	Gemeinde Seevetal	1 885	64 260

Amtlicher Gemeindegemeinschaftsschlüssel	Träger	Schüler allgemein bildender Schulen	Zuwendungs-höchst-betrag
353032	Gemeinde Stelle	489	16 670
353040	Stadt Winsen (Luhe)	1 849	63 032
353401	Samtgemeinde Elbmarsch	498	16 977
353402	Samtgemeinde Hanstedt	562	19 159
353403	Samtgemeinde Hollenstedt	493	16 806
353404	Samtgemeinde Jesteburg	460	15 681
353405	Samtgemeinde Salzhause	643	21 920
353406	Samtgemeinde Tostedt	1 386	47 249
354000	Landkreis Lüchow-Dannenberg	3 387	115 463
354403	Samtgemeinde Gartow	102	3 477
354406	Samtgemeinde Elbtalaue	779	26 556
354407	Samtgemeinde Lüchow (Wendland)	1 007	34 329
355000	Landkreis Lüneburg	8 020	273 402
355001	Gemeinde Adendorf	376	12 818
355009	Stadt Bleckede	421	14 352
355022	Stadt Lüneburg	8 008	272 993
355049	Gemeinde Amt Neuhaus	285	9 716
355401	Samtgemeinde Amelinghausen	376	12 818
355402	Samtgemeinde Bardowick	843	28 738
355403	Samtgemeinde Dahlenburg	254	8 659
355404	Samtgemeinde Gellersen	538	18 340
355405	Samtgemeinde Ilmenau	323	11 011
355406	Samtgemeinde Ostheide	499	17 011
355407	Samtgemeinde Scharnebeck	794	27 067
356000	Landkreis Osterholz	4 334	147 746
356002	Gemeinde Grasberg	360	12 272
356005	Gemeinde Lilienthal	1 265	43 124
356007	Stadt Osterholz-Scharmbeck	3 078	104 929
356008	Gemeinde Ritterhude	1 082	36 885
356009	Gemeinde Schwane-wede	2 550	86 930
356011	Gemeinde Worpswede	369	12 579
356401	Samtgemeinde Hambergen	1 380	47 044
357000	Landkreis Rotenburg (Wümme)	4 385	149 485
357008	Stadt Bremervörde	1 620	55 226
357016	Gemeinde Gnarrenburg	907	30 920
357039	Stadt Rotenburg (Wümme)	1 630	55 567
357041	Gemeinde Scheeßel	1 181	40 260

Amtlicher Gemeindegchlüssel	Träger	Schüler allgemein bildender Schulen	Zuwendungs- höchst- betrag
357051	Stadt Visselhövede	982	33 476
357401	Samtgemeinde Bothel	787	26 829
357402	Samtgemeinde Fintel	678	23 113
357403	Samtgemeinde Geestequelle	694	23 658
357404	Samtgemeinde Selsingen	998	34 022
357405	Samtgemeinde Sittensen	1 110	37 840
357406	Samtgemeinde Sottrum	1 698	57 885
357407	Samtgemeinde Tarmstedt	1 695	57 783
357408	Samtgemeinde Zeven	2 226	75 884
358000	Landkreis Soltau- Fallingbostal	11 241	383 206
358002	Gemeinde Bispingen	266	9 068
358004	Gemeinde Bomlitz	313	10 670
358008	Stadt Bad Fallingbostal	470	16 022
358016	Stadt Munster	661	22 533
358017	Gemeinde Neuenkirchen	240	8 182
358019	Stadt Schneverdingen	796	27 136
358021	Stadt Soltau	890	30 340
358022	Stadt Walsrode	927	31 601
358023	Gemeinde Wietzen- dorf	276	9 409
358401	Samtgemeinde Ahlden	345	11 761
358402	Samtgemeinde Rethem/Aller	196	6 682
358403	Samtgemeinde Schwarmstedt	532	18 136
359000	Landkreis Stade	4 392	149 723
359010	Stadt Buxtehude	5 537	188 756
359013	Gemeinde Drochtersen	1 473	50 215
359028	Gemeinde Jork	1 037	35 351
359038	Stadt Stade	3 776	128 724
359401	Samtgemeinde Apensen	778	26 522
359402	Samtgemeinde Fredenbeck	1 241	42 306
359403	Samtgemeinde Harsefeld	2 163	73 737
359404	Samtgemeinde Himmelpforten	988	33 681
359405	Samtgemeinde Horneburg	997	33 988
359406	Samtgemeinde Lühe	737	25 124
359407	Samtgemeinde Nordkehdingen	640	21 818
359408	Samtgemeinde Oldendorf	709	24 170
360000	Landkreis Uelzen	3 527	120 235
360004	Gemeinde Bienenbüttel	292	9 954
360025	Stadt Uelzen	5 058	172 427
360401	Samtgemeinde Bevensen	637	21 715

Amtlicher Gemeindegchlüssel	Träger	Schüler allgemein bildender Schulen	Zuwendungs- höchst- betrag
360402	Samtgemeinde Bodenteich	257	8 761
360403	Samtgemeinde Altes Amt Ebstorf	445	15 170
360404	Samtgemeinde Rosche	300	10 227
360405	Samtgemeinde Suderburg	268	9 136
360406	Samtgemeinde Wrestedt	321	10 943
361000	Landkreis Verden	5 200	177 268
361001	Stadt Achim	2 223	75 782
361003	Gemeinde Dörverden	802	27 340
361005	Gemeinde Kirchlinteln	922	31 431
361006	Gemeinde Langwedel	1 258	42 885
361008	Gemeinde Ottersberg	1 286	43 840
361009	Gemeinde Oyten	1 256	42 817
361012	Stadt Verden (Aller)	2 084	71 044
361401	Samtgemeinde Thedinghausen	1 358	46 294
401000	Stadt Delmenhorst	9 057	308 753
402000	Stadt Emden	6 322	215 517
403000	Stadt Oldenburg	16 243	553 724
404000	Stadt Osnabrück	16 816	573 257
405000	Stadt Wilhelmshaven	7 402	252 334
451000	Landkreis Ammerland		0
451001	Gemeinde Apen	1 086	37 022
451002	Gemeinde Bad Zwischenahn	3 566	121 565
451004	Gemeinde Edewecht	2 338	79 702
451005	Gemeinde Rastede	2 933	99 986
451007	Stadt Westerstede	3 495	119 145
451008	Gemeinde Wiefelstede	1 345	45 851
452000	Landkreis Aurich	6 633	226 119
452001	Stadt Aurich (Ostfriesland)	2 690	91 702
452002	Gemeinde Baltrum	50	1 705
452006	Gemeinde Großefehn	1 461	49 805
452007	Gemeinde Großheide	842	28 704
452011	Gemeinde Hinte	609	20 761
452012	Gemeinde Ihlow	1 281	43 669
452013	Gemeinde Juist	121	4 125
452014	Gemeinde Krummhörn	1 250	42 613
452019	Stadt Norden	1 993	67 941
452020	Stadt Norderney	523	17 829
452023	Gemeinde Südbrookmerland	1 863	63 510
452025	Stadt Wiesmoor	2 092	71 316
452027	Gemeinde Dornum	289	9 852
452401	Samtgemeinde Brookmerland	1 310	44 658
452403	Samtgemeinde Hage	1 213	41 351
453000	Landkreis Cloppenburg	4 694	160 018
453001	Gemeinde Barßel	1 283	43 737

Amtlicher Gemeindegchlüssel	Träger	Schüler allgemein bildender Schulen	Zuwendungs-höchst-betrag
453002	Gemeinde Bösel	796	27 136
453003	Gemeinde Cappeln (Oldenburg)	654	22 295
453004	Stadt Cloppenburg	2 731	93 100
453005	Gemeinde Emstek	1 314	44 794
453006	Gemeinde Essen (Oldenburg)	825	28 124
453007	Stadt Friesoythe	2 279	77 691
453008	Gemeinde Garrel	1 400	47 726
453009	Gemeinde Lastrup	619	21 102
453010	Gemeinde Lindern (Oldenburg)	480	16 363
453011	Stadt Lönningen	1 340	45 681
453012	Gemeinde Molbergen	986	33 613
453013	Gemeinde Saterland	1 339	45 647
454000	Landkreis Emsland	8 093	275 890
454010	Gemeinde Emsbüren	990	33 749
454014	Gemeinde Geeste	1 118	38 113
454018	Stadt Haren (Ems)	2 177	74 214
454019	Stadt Haselünne	1 218	41 522
454032	Stadt Lingen (Ems)	3 244	110 588
454035	Stadt Meppen	2 499	85 191
454041	Stadt Papenburg	2 413	82 259
454044	Gemeinde Rhede (Ems)	390	13 295
454045	Gemeinde Salzbergen	698	23 795
454054	Gemeinde Twist	976	33 272
454401	Samtgemeinde Dörpen	1 521	51 851
454402	Samtgemeinde Freren	955	32 556
454403	Samtgemeinde Herzlake	908	30 954
454404	Samtgemeinde Lathen	1 093	37 260
454405	Samtgemeinde Lengerich	907	30 920
454406	Samtgemeinde Nordhümmling	1 374	46 840
454407	Samtgemeinde Sögel	1 352	46 090
454408	Samtgemeinde Spelle	1 261	42 987
454409	Samtgemeinde Werlte	1 740	59 317
455000	Landkreis Friesland	7 374	251 380
455007	Stadt Jever	551	18 784
455014	Gemeinde Sande	371	12 647
455015	Stadt Schortens	963	32 829
455020	Gemeinde Wangerland	381	12 988
455021	Gemeinde Wangerrooge, Nordseebad	43	1 466
455025	Gemeinde Bockhorn	398	13 568
455026	Stadt Varel	1 016	34 635
455027	Gemeinde Zetel	597	20 352
456000	Landkreis Grafschaft Bentheim	3 925	133 803
456001	Stadt Bad Bentheim	1 269	43 260
456015	Stadt Nordhorn	4 524	154 223
456025	Gemeinde Wietmarschen	1 393	47 487

Amtlicher Gemeindegchlüssel	Träger	Schüler allgemein bildender Schulen	Zuwendungs-höchst-betrag
456401	Samtgemeinde Emlichheim	1 721	58 669
456402	Samtgemeinde Neuenhaus	1 423	48 510
456403	Samtgemeinde Schüttorf	1 451	49 465
456404	Samtgemeinde Uelsen	1 030	35 113
457000	Landkreis Leer	11 877	404 887
457002	Stadt Borkum	170	5 795
457012	Gemeinde Jemgum	154	5 250
457013	Stadt Leer (Ostfriesland)	1 372	46 771
457014	Gemeinde Moormerland	955	32 556
457017	Gemeinde Ostrhauderfehn	445	15 170
457018	Gemeinde Rhaderfehn	867	29 556
457020	Gemeinde Uplengen	572	19 499
457021	Stadt Weener	687	23 420
457022	Gemeinde Westoverledingen	965	32 897
457024	Gemeinde Bunde	323	11 011
457402	Samtgemeinde Hesel	526	17 931
457403	Samtgemeinde Jümme	269	9 170
458000	Landkreis Oldenburg	4 401	150 030
458003	Gemeinde Dötlingen	274	9 341
458005	Gemeinde Ganderkesee	2 537	86 486
458007	Gemeinde Großenkneten	1 776	60 544
458009	Gemeinde Hatten	1 168	39 817
458010	Gemeinde Hude (Oldenburg)	1 471	50 146
458013	Gemeinde Wardenburg	1 368	46 635
458014	Stadt Wildeshausen	1 840	62 726
458401	Samtgemeinde Harpstedt	857	29 215
459000	Landkreis Osnabrück	9 142	311 651
459003	Gemeinde Bad Essen	1 377	46 942
459004	Stadt Bad Iburg	1 038	35 385
459005	Gemeinde Bad Laer	827	28 192
459006	Gemeinde Bad Rothenfelde	251	8 557
459008	Gemeinde Belm	978	33 340
459012	Gemeinde Bissendorf	1 063	36 238
459013	Gemeinde Bohmte	1 272	43 362
459014	Stadt Bramsche	2 663	90 782
459015	Stadt Dissen am Teutoburger Wald	1 044	35 590
459019	Stadt Georgsmarienhütte	2 590	88 293
459020	Gemeinde Hagen am Teutoburger Wald	1 210	41 249
459021	Gemeinde Hasbergen	817	27 852
459022	Gemeinde Hilter am Teutoburger Wald	839	28 602

Amtlicher Gemeindegemeinschaftsschlüssel	Träger	Schüler allgemein bildender Schulen	Zuwendungshöchstbetrag
459024	Stadt Melle	4 097	139 667
459029	Gemeinde Ostercappeln	950	32 386
459033	Gemeinde Wallenhorst	1 843	62 828
459034	Gemeinde Glandorf	744	25 363
459401	Samtgemeinde Artland	1 799	61 328
459402	Samtgemeinde Bersenbrück	2 801	95 486
459403	Samtgemeinde Fürstenau	2 189	74 623
459404	Samtgemeinde Neuenkirchen	802	27 340
460000	Landkreis Vechta	4 750	161 928
460001	Gemeinde Bakum	607	20 693
460002	Stadt Damme	1 510	51 476
460003	Stadt Dinklage	1 284	43 772
460004	Gemeinde Goldenstedt	830	28 295
460005	Gemeinde Holdorf	618	21 068
460006	Stadt Lohne (Oldenburg)	2 603	88 736
460007	Gemeinde Neuenkirchen-Vörden	855	29 147
460008	Gemeinde Steinfeld (Oldenburg)	958	32 658
460009	Stadt Vechta	2 094	71 384
460010	Gemeinde Visbek	994	33 885
461000	Landkreis Wesermarsch	6 663	227 142
461001	Gemeinde Berne	315	10 738
461002	Stadt Brake (Unterweser)	622	21 204
461003	Gemeinde Butjadingen	279	9 511
461004	Stadt Elsfleth	378	12 886
461005	Gemeinde Jade	283	9 647
461006	Gemeinde Lemwerder	275	9 375
461007	Stadt Nordenham	1 157	39 442
461008	Gemeinde Ovelgönne	263	8 966
461009	Gemeinde Stadland	356	12 136
462000	Landkreis Wittmund	3 818	130 156
462005	Gemeinde Friedeburg	490	16 704
462014	Gemeinde Spiekeroog	36	1 227
462019	Stadt Wittmund	978	33 340
462401	Samtgemeinde Esens	595	20 284
462402	Samtgemeinde Holtriem	445	15 170
500000	Schulzweckverband Hasenwinkel	207	7 057
500000	Zweckverband Förderzentrum Hildesheim	298	10 159
	Gesamt	899 266	30 655 978

**Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen
im Rahmen des Konjunkturpakets II
– Förderschwerpunkt Schulinfrastruktur;
Innovations- und Zukunftszentren an
berufsbildenden Schulen –**

RdErl. d. MK v. 26. 3. 2009 – 41 –

– VORIS 22410 –

1. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage

1.1 Das Land gewährt unter finanzieller Beteiligung des Bundes auf der Grundlage der zwischen Bund und Ländern abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des ZulnVG Zuwendungen für den Ausbau von bestehenden berufsbildenden Schulen zu Innovations- und Zukunftszentren mit einem Technikscherpunkt. Die Zuwendungen werden nach Maßgabe dieser Richtlinie und der VV/VV-Gk zu § 44 LHO gewährt.

Ziel ist es, mit den Innovations- und Zukunftszentren Schwerpunktschulen zu schaffen, die in bestimmten Technik- und Berufsbereichen die neuesten technischen und didaktischen Entwicklungen vorbildhaft gestalten, sodass alle anderen schulischen und außerschulischen Partner an der Entwicklung der Innovations- und Zukunftszentren partizipieren können. Dadurch sollen auch regionale wirtschaftliche Zusammenhänge im Handwerk und in der Industrie gestärkt werden.

1.2 Ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht, vielmehr entscheidet die zuständige Bewilligungsstelle aufgrund pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

2. Gegenstand der Förderung

2.1 Nach Maßgabe des Artikels 104 b GG, des § 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b ZulnVG sowie der o. a. Verwaltungsvereinbarung werden Investitionen zur qualitativen Weiterentwicklung berufsbildender Schulen zu Innovations- und Zukunftszentren mit folgenden Schwerpunktbereichen gefördert:

- Mechatronik- und Robotiksysteme,
- Vernetzungs-, Kommunikations- und Automatisierungstechnik,
- innovative Energie- und Versorgungstechnik sowie Energieeffizienz und
- alternative Antriebstechnik in der Fahrzeugtechnik.

Auch für Zentren mit anderen innovativen Schwerpunktbereichen können Zuwendungen gewährt werden.

2.2 Zu den Investitionen gehören insbesondere erforderliche Neu- und Ergänzungsanschaffungen sowie die mit den Investitionen verbundenen Dienstleistungen (z. B. Installation der Geräte und Maschinen, Software-Installation, Geräteunterweisungen). Gefördert werden vornehmlich Investitionen in Maschinen, Fahrzeuge (Elektro- und Hybridfahrzeuge), Geräte sowie die technische Ausstattung von Laboren und integrierten Fachräumen (Verbindung von Werkstatt und Theoriebereich). Hierzu gehört auch die notwendige Ausstattung mit IuK-Techniken.

2.3 Nicht gefördert werden Bau-, Umbau-, Betriebs-, Unterhaltsausgaben, Ausgaben für Grundstücke und deren Erschließung sowie Personal- und Verwaltungsausgaben.

3. Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind Träger von öffentlichen berufsbildenden Schulen und finanzhilfeberechtigte Träger von berufsbildenden Ersatzschulen i. S. von § 149 Abs. 1 NSchG.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Zuwendungen werden unter der Voraussetzung gewährt, dass die Schule, an die ein solches Zentrum angegliedert wird,

4.1.1 grundsätzlich einen der unter Nummer 2.1 genannten Bereiche auch bisher als einen wesentlichen Schwerpunkt führt;

- 4.1.2 bereits bestehende Strukturen aufweist, durch die besondere Anstrengungen auf einem der o. g. Gebiete deutlich werden. Dies drückt sich auch in einer größeren Anzahl von Auszubildenden in dualen Ausbildungsberufen aus. Kriterien, die eine positive **Ausgangssituation beschreiben** sind u. a.
- besondere Aktivitäten auf dem Gebiet der Förderung der Aus- und Weiterbildung sowie der Technologieförderung im Bereich des Handwerks und der Industrie,
 - eine bereits vorhandene, unter didaktischen Gesichtspunkten geplante Raumkonzeption und technische Ausstattung, an die im Rahmen des Förderprogramms angeknüpft werden kann,
 - Aktivitäten in den unter Nummer 2.1 genannten Technikfeldern (z. B. Ausbildungs- und Unterrichtsprojekte, Qualifizierungsveranstaltungen für Lehrkräfte und Ausbilder),
 - Lehrpersonal, das qualitativ und quantitativ für einen nachhaltigen Auf- und Ausbau des Zentrums sorgen kann.
- 4.1.3 **ein Entwicklungskonzept** vorlegt, das den Ausbau der Schule zu einem Innovations- und Zukunftszentrum darlegt:
- Eine Gesamt- und didaktische Konzeption, die eine handlungs- und prozessorientierte innovative Berufsausbildung in den entsprechenden Bereichen ermöglicht. In diesem Konzept ist auch die Kooperation mit der regionalen Wirtschaft zu verorten.
 - Durchführung von Qualifizierungsveranstaltungen für Lehrkräfte und außerschulische Partner (insbesondere Handwerk und Industrie). Dabei dürfen für andere öffentliche Schulen bei der Nutzung der geförderten Infrastruktur keine Kosten entstehen.
 - Beratung für Schulen und außerschulische Partner im Hinblick auf die vorhandenen Innovations- und Technikscherpunkte.
- 4.1.4 mit dem Schulträger vereinbart,
- dass entsprechende räumliche und sächliche Kapazitäten bereit gestellt werden, die eine Nutzung des Zentrums unter modernen Unterrichtsgesichtspunkten ermöglichen,
 - dass sämtliche Folgekosten (z. B. Betriebskosten, Reparaturkosten, evtl. erforderliche Personalkosten) vom Schulträger zu übernehmen sind, solange die angeschafften Gegenstände in der Schule verwendet werden.
- 4.2 Die Zuwendung kann für eine oder mehrere berufsbildende Schulen beantragt werden.
- 4.3 Gefördert werden Investitionsvorhaben, wenn sie am 27. 1. 2009 oder später begonnen wurden. Soweit Investitionen schon vor dem 27. 1. 2009 begonnen wurden, aber noch nicht abgeschlossen sind, können sie gefördert werden, wenn gegenüber der Bewilligungsbehörde erklärt wird, dass es sich um selbstständige Abschnitte eines laufenden Vorhabens handelt und die Finanzierung dieser Abschnitte bislang nicht gesichert ist. Eine Ausnahme vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmebeginns gemäß Nummer 1.3 VV/VV-Gk zu § 44 LHO gilt ab dem 27. 1. 2009 als erteilt. Ein Anspruch auf Bewilligung kann daraus nicht hergeleitet werden.
- Im Jahr 2011 können Zuwendungen nur für Investitionsvorhaben eingesetzt werden, die vor dem 31. 12. 2010 begonnen wurden und bei denen im Jahr 2011 ein selbstständiger Abschnitt des Investitionsvorhabens abgeschlossen wird.
- 4.4 Die Investitionen sollen mindestens zur Hälfte im Jahr 2009 getätigt werden.
- 4.5 Vorhaben können nur gefördert werden, wenn die Gesamtfinanzierung gesichert ist.
- 4.6 Das Projekt wird im Rahmen eines Scoring-Modells nach folgenden Qualitätskriterien bewertet:

Ausgangssituation der berufsbildenden Schule zum Antragszeitpunkt:

- Anzahl der Auszubildenden in dualen Ausbildungsberufen in den angegebenen Technikfeldern
- Aktivitäten in den angegebenen Technikfeldern (Ausbildungs-/Weiterbildungs- und Unterrichtsprojekte)
- Raumsituation und Ausstattung (Integrierte Fachräume, Geräte, Maschinen)
- Lehrpersonal;

Entwicklungskonzept:

- Gesamtkonzept/Didaktisches Konzept; Kooperation mit außerschulischen Partnern
- Raumkonzept
- Konzept/Beschreibung für Qualifizierungs- und Innovationsmaßnahmen in der Region;

Nachhaltige Entwicklung:

- Vereinbarung mit dem Schulträger.

Von dem Scoring-Modell kann abgewichen werden, wenn sich eine regionale Unausgewogenheit zeigt.

4.7 Die geförderten berufsbildenden Schulen sichern zu, dass sie im Rahmen der Konzeption der „Innovations- und Zukunftszentren“ arbeiten werden. Dazu gehört u. a. die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen, die Beratung und Unterstützung anderer berufsbildender Schulen, die sich in den entsprechenden Berufsbereichen/Technikfeldern weiterentwickeln wollen, und die Kooperation mit der regionalen Wirtschaft.

4.8 Die Bewilligungsbehörde erstellt eine Rangliste, die auch die regionalen Erfordernisse im Land Niedersachsen berücksichtigt.

5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

5.1 Zuwendungsart, Finanzierungsart, Form der Zuwendung

Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung als Anteilfinanzierung in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses gewährt.

5.2 Zuwendungsfähige Ausgaben

Zuwendungsfähig sind Ausgaben, die zur Realisierung der in Nummer 2.1 genannten Investitionen erforderlich sind.

5.3 Höhe der Zuwendung

Für die Förderung stehen in den Jahren 2009 und 2010 insgesamt 18,9 Mio EUR aus Bundes- und Landesmitteln zur Verfügung. Die Zuwendung beträgt bis zu 90 v. H. der zuwendungsfähigen Ausgaben, sie ist jedoch in der Höhe auf 1,2 Mio EUR je Innovations- und Zukunftszentrum begrenzt. Dieser Betrag kann in besonderen begründeten Einzelfällen überschritten werden.

Der Zuwendungsempfänger hat, auch bei zusätzlicher Finanzierung Dritter, mindestens 10 v. H. der zuwendungsfähigen Ausgaben als Eigenanteil selbst zu tragen. Der Eigenanteil des Zuwendungsempfängers darf nicht durch EU-Mittel oder aus den Investitionspauschalen nach dem NZuInvG ersetzt werden.

Der Zuwendungsbetrag wird auf volle 1 000 EUR abgerundet.

6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

6.1 Die Zuwendung ist wirtschaftlich und sparsam zu verwenden. Sie darf nur für zusätzliche Investitionen, deren längerfristige Nutzung gesichert ist, verwendet werden. Die Zusätzlichkeit ist gegeben, wenn die Zuwendung zur Finanzierung eines Vorhabens eingesetzt wird, dessen Gesamtfinanzierung nicht bereits durch einen beschlossenen und in Kraft getretenen Haushaltsplan der kommunalen Körperschaft gesichert ist. Bei der Einschätzung über die längerfristige Nutzung sind die absehbaren demografischen Entwicklungen zu berücksichtigen (Nachhaltigkeit).

6.2 Die Zuwendung darf nur für solche Investitionen genutzt werden, die nicht gleichzeitig nach anderen Gesetzen und Verwaltungsvereinbarungen als Anteilfinanzierung nach

Artikel 104 b GG und nach dem bis 31. 8. 2006 geltenden Artikel 104 a Abs. 4 GG oder nach den Artikeln 91 a und 91 b GG oder mit KfW-Darlehensprogrammen mit Ausnahme der KfW-Programme „Investitionsoffensive Infrastruktur“ gefördert werden. Das Doppelförderungsverbot gilt nicht programmsondern vorhabenbezogen.

6.3 Die mithilfe der Zuwendungen erworbenen Ausstattungen sind mindestens zehn Jahre nach Anschaffung oder Fertigstellung für den Verwendungszweck zu verwenden, sofern sie nicht vorher durch eine vergleichbare Ausstattung ersetzt werden. Ausnahmen sind mit Zustimmung der Bewilligungsbehörde möglich.

6.4 Eine Förderung nach dieser Richtlinie begründet keinen Anspruch auf eine zusätzliche Personalausstattung.

6.5 Auf die Förderung nach dem ZuInvG durch den Bund und das Land ist in geeigneter Form hinzuweisen.

7. Anweisungen zum Verfahren

7.1 Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendungen sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendungen gelten die VV/VV-Gk zu § 44 LHO, soweit nicht in dieser Richtlinie Abweichungen zugelassen sind.

7.2 Bewilligungsbehörde ist das Niedersächsische Kultusministerium, Schiffgraben 12, 30159 Hannover.

7.3 Anträge sind für das Jahr 2009 bis zum 30. 6. 2009 und für das Jahr 2010 bis zum 28. 2. 2010 bei der Bewilligungsbehörde zu stellen.

7.4 Den Anträgen sind Beschreibung und Konzeption des Vorhabens, insbesondere die Beschreibung der **Ausgangssituation** bezogen auf die in Nummer 4.5 dargelegten Qualitätskriterien sowie eine Beschreibung der dargelegten Teilkriterien des **Entwicklungskonzepts** beizufügen. Dazu gehört:

- die Darstellung der Einpassung der Maßnahme in das pädagogische Gesamtkonzept der berufsbildenden Schule und Darlegung eines eigenständigen Konzeptes für das Innovations- und Bildungszentrum,
- ein Kosten- und Finanzierungsplan,
- ein Raum- und Nutzungsplan, der auf die konzeptionelle Planung angepasst ist und der Maßnahmen darlegt, die ggf. noch durch den Schulträger zu erbringen sind,
- ein Projektplan, aus dem die zeitliche Umsetzung des Vorhabens hervorgeht,
- die Einwilligung des Schulträgers, aus der die Unterstützung für das Projekt sowie die Kostenbeteiligung hervorgehen.

7.5 Auszahlungen bewilligter Zuwendungen sind nur innerhalb der in Nummer 4.3 genannten Förderzeiträume zulässig.

7.6 Abweichend von Nummer 5 der AN-Best-GK/Nummer 6 der AnBest-P ist der Verwendungsnachweis entsprechend dem zur Verfügung gestellten Vordruck spätestens drei Monate nach Beendigung der Maßnahme vorzulegen.

7.7 Die für die Antragstellung und den Nachweis der Verwendung erforderlichen Vordrucke werden von der Bewilligungsbehörde zur Verfügung gestellt.

7.8 Der Bundesrechnungshof und der LRH sind berechtigt, bei den Zuwendungsempfängern zu prüfen, ob die Zuwendung bestimmungsgemäß und den Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entsprechend verwendet wurde.

8. Schlussbestimmungen

Dieser RdErl. tritt mit Wirkung vom 12. 3. 2009 in Kraft und mit Ablauf des 31. 12. 2011 außer Kraft.

An die
Region Hannover, Landkreise, Städte und Gemeinden
Träger von Ersatzschulen

Evangelisch-reformierte Gemeinde Braunschweig; Kirchensteuerbeschluss für das Haushaltsjahr 2009

Bek. d. MK v. 23. 6. 2009 — 24.1-54063/4 —

Bezug: Bek. v. 12. 7. 2007 (Nds. MBl. S. 784)

Der Kirchensteuerbeschluss für das Haushaltsjahr 2009 ist im Einvernehmen mit dem MF genehmigt worden und wird gemäß § 2 Abs. 9 Satz 2 KiStRG i. d. F. vom 10. 7. 1986 (Nds. GVBl. S. 281), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. 12. 2008 (Nds. GVBl. S. 396), bekannt gemacht:

Der in der Anlage der Bezugsbekanntmachung veröffentlichte Kirchensteuerbeschluss für das Haushaltsjahr 2007 gilt inhaltlich für das Haushaltsjahr 2009 mit der Maßgabe fort, dass Abschnitt I Nr. 1 folgende Fassung erhält:

„1. Die Kirchensteuer der Kirchenmitglieder, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Land Niedersachsen haben, beträgt für das Jahr 2009 9 vom Hundert der Einkommensteuer (Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer), höchstens jedoch 3,5 vom Hundert des zu versteuernden Einkommens bzw. des auf das zu versteuernde Einkommen umzurechnenden Arbeitslohnes, von dem die Lohnsteuer berechnet wird.

Bei der Berechnung der Kirchensteuer sind die Vorschriften des § 51 a EStG in der jeweils geltenden Fassung zu beachten. Auch bei der Berechnung der Höchstbegrenzung ist in Fällen, in denen Tatbestände nach § 51 a Abs. 2 und 2 a EStG zu berücksichtigen sind, das zu versteuernde Einkommen maßgeblich, das sich unter Berücksichtigung des § 51 a Abs. 2 und 2 a EStG ergeben würde.

In Fällen der Lohnsteuerpauschalierung beträgt die Kirchensteuer 6 vom Hundert der pauschalen Lohnsteuer. Weist der Arbeitgeber die Nichtzugehörigkeit einzelner Arbeitnehmer zur Ev. ref. Gemeinde Braunschweig nach, so ist insoweit keine Kirchensteuer zu erheben; für die übrigen Arbeitnehmer beträgt die Kirchensteuer 9 vom Hundert der pauschalen Lohnsteuer. Im Übrigen wird auf die Regelungen der ländereinheitlichen Erlasse vom 17. November 2006 (Az.: S 2447-8-35, BStBl I S. 716) und vom 28. Dezember 2006 (Az.: S 2447-8-35, BStBl I 2007 S. 76) hingewiesen.“

– Nds. MBl. Nr. 27/2009 S. 617

Ordnung für die Ausbildung und Prüfung in der Krankenpflegehilfe

RdErl. d. MK v. 25. 6. 2009 — 45-80009/10/7 —

– VORIS 21064 —

Bezug: RdErl. v. 2. 9. 2005 (Nds. MBl. S. 762)
– VORIS 21064 –

1. Der Bezugserrlass tritt mit Ablauf des 31. 12. 2009 außer Kraft.

2. Ausbildungen, die gemäß dem Bezugserrlass bis zum 31. 12. 2009 begonnen wurden, können nach dessen Bestimmungen abgeschlossen werden.

An die
Landesschulbehörde
Schulen für Krankenpflegehilfe

G. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**Richtlinien für die Benutzung der Bundesfernstraßen
in der Baulast des Bundes (Nutzungsrichtlinien)****RdErl. d. MW v. 30. 6. 2009 — 43.1-31023/0001/0007 —****— VORIS 92200 —**

1. Die Richtlinien für die Benutzung der Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes (Nutzungsrichtlinien) sind auf der Homepage des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung unter www.bmvbs.de veröffentlicht und mit dem ARS 5/2009 vom 11. 5. 2009 im Verkehrsblatt 2009 S. 346 bekannt gemacht worden. Sie werden hiermit für den Bereich der Auftragsverwaltung der Bundesfernstraßen sowie entsprechend im Bereich des Straßenrechts des Landes, soweit dieses mit dem Bundesrecht übereinstimmt, eingeführt. Der Region Hannover, den Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden wird empfohlen, diese Richtlinien auch für den Bereich der Kreisstraßen und der Gemeindestraßen entsprechend anzuwenden.

2. Die im ARS 5/2009 zur Aufhebung benannten ARS und RS sowie die damit verbundenen Einführungserlasse werden hiermit aufgehoben.

An die
Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr
Region Hannover, Landkreise, kreisfreien Städte und Gemeinden

— Nds. MBl. Nr. 27/2009 S. 618

**H. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft,
Verbraucherschutz und Landesentwicklung****Jahresabschluss 2008
der Niedersächsischen Tierseuchenkasse****Bek. d. ML v. 16. 6. 2009 — 203-42141/5-62 —**

Der Jahresabschluss der Niedersächsischen Tierseuchenkasse für das Haushaltsjahr 2008 wird nachstehend in zusammengefasster Form bekannt gemacht:

Einnahmen	EUR
1. Beiträge der Tierbesitzerinnen und Tierbesitzer	21 623 937,91
2. Einzug TKB-Kosten	2 702 568,68
3. Erstattungen des Landes	16 817 959,07
4. Erstattungen der EU	155 019,76
5. Erträge aus der Geldanlage	4 764 548,17
6. Sonstige Einnahmen	53,60
7. Entnahmen aus der Rücklage	6 049 599,89
8. Rückzahlungen von Überzahlungen	333 675,21
9. Erstattung zwischen den Kapiteln	2 104 548,24
10. Überschüsse aus Vorjahren	434 104,50
11. Verwahrungen	2 527,60
Gesamteinnahmen	54 988 542,63

Ausgaben	EUR
1. Personal- und Sachausgaben	1 845 224,27
2. Kosten der Beitragserhebung	268 510,27
3. Entschädigungen	3 041 297,48
4. Beihilfen	544 390,85
5. Härtebeihilfen	285 045,51
6. Schätzkosten	1 525,79
7. Impfstoffe	6 592 848,09
8. Untersuchungsgebühren und sonstige Seuchenbekämpfungsmaßnahmen	20 411 182,85
9. Kosten der Tierkörperbeseitigung	10 699 889,76
10. Kosten der Tierbewegungsmeldungen	412 561,38
11. Zuführung an Rücklagen	7 349 599,89
12. Zinsausgaben	0,00
13. Rückzahlung vereinnahmter Beträge	805 153,35
14. Fehlbeträge des Vorjahres	4 315,47
15. Erstattung zwischen den Kapiteln	2 104 548,24
16. Sonstige Kosten	0,00
17. Vorschüsse	450,30
Gesamtausgaben	54 366 543,50
Gesamteinnahmen	54 988 542,63
Gesamtausgaben	54 366 543,50

Bankbestand am 31. 12. 2008 621 999,13

— Nds. MBl. Nr. 27/2009 S. 618

**Feststellung gemäß § 3 a UVPG
(Vereinfachte Flurbereinigung Wulften,
Landkreis Osterode am Harz)****Bek. d. ML v. 24. 6. 2009 — 306-611-Wulften-0001 —**

Die GLL Northeim hat dem ML die dritte Änderung zum Wege- und Gewässerplan mit landschaftspflegerischem Begleitplan nach § 41 FlurbG i. d. F. vom 16. 3. 1976 (BGBl. I S. 546), zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 19. 12. 2008 (BGBl. I S. 2794), für das vereinfachte Flurbereinigungsverfahren Wulften, Landkreis Osterode am Harz, vorgelegt. Auf der Grundlage des geänderten Wege- und Gewässerplans mit landschaftspflegerischem Begleitplan erfolgt der Ausbau der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen.

Auf der Grundlage der 3. Änderung des Wege- und Gewässerplans mit landschaftspflegerischem Begleitplan für das vereinfachte Flurbereinigungsverfahren Wulften ist gemäß § 3 a Satz 1 i. V. m. § 3 e Abs. 1 Nr. 2 UVPG i. d. F. vom 25. 6. 2005 (BGBl. I S. 1757, 2797), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. 12. 2008 (BGBl. I S. 2986), nach einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3 c Abs. 1 UVPG festzustellen, ob für diese Änderung des Vorhabens — Bau der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen i. S. des FlurbG — eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist.

Diese allgemeine Vorprüfung hat für das vereinfachte Flurbereinigungsverfahren Wulften ergeben, dass von dieser Änderung des Vorhabens keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind, die nach § 12 UVPG zu berücksichtigen wären.

Gemäß § 3 a Satz 1 UVPG wird hiermit festgestellt, dass für diese Änderung des Vorhabens keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Diese Feststellung ist gemäß § 3 a Satz 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

— Nds. MBL Nr. 27/2009 S. 618

**Feststellung gemäß § 3 a UVPG
(Flurbereinigung Jasebeck,
Landkreis Lüchow-Dannenberg)**

Bek. d. ML v. 29. 6. 2009 — 306.2-611-Jasebeck —

Die GLL Lüneburg hat dem ML die Neugestaltungsgrundsätze nach § 38 FlurbG i. d. F. vom 16. 3. 1976 (BGBl. I S. 546), zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 19. 12. 2008 (BGBl. I S. 2794), für das Flurbereinigungsverfahren Jasebeck, Landkreis Lüchow-Dannenberg, vorgelegt. Aus diesen Neugestaltungsgrundsätzen ist der Wege- und Gewässerplan mit landschaftspflegerischem Begleitplan nach § 41 FlurbG zu entwickeln, auf dessen Grundlage der Ausbau der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen erfolgt.

Auf der Grundlage dieser Neugestaltungsgrundsätze ist gemäß § 3 a Satz 1 UVPG i. d. F. vom 25. 6. 2005 (BGBl. I S. 1757, 2797), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. 12. 2008 (BGBl. I S. 2986), nach einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3 c Abs. 1 UVPG festzustellen, ob für das Vorhaben — Bau der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen i. S. des FlurbG — eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist.

Diese allgemeine Vorprüfung hat für das Flurbereinigungsverfahren Jasebeck ergeben, dass von dem Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind, die nach § 12 UVPG zu berücksichtigen wären.

Gemäß § 3 a Satz 1 UVPG wird hiermit festgestellt, dass für das Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Diese Feststellung ist gemäß § 3 a Satz 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

— Nds. MBL Nr. 27/2009 S. 619

**Niedersächsische Landesbehörde
für Straßenbau und Verkehr**

**Feststellung gemäß § 3 a UVPG
(Neubau eines Salzsilos, Autobahnmeisterei Fallingbostel)**

**Bek. d. NLStBV v. 23. 6. 2009
— 3316-31027/02.2 (A 7-409) —**

Der Geschäftsbereich Verden der NLStBV hat bei der NLStBV, Dezernat Planfeststellung, den Verzicht auf Planfeststellung bzw. Plangenehmigung für den Neubau eines Salzsilos auf dem Gehöft der Autobahnmeisterei Fallingbostel im Zuge der Bundesautobahn 7 beantragt. Bei dieser Baumaßnahme handelt es sich um die Änderung einer Bundesfernstraße, die der Zulassung nach § 74 Abs. 7 VwVfG i. V. m. § 17 Satz 3 FStrG bedarf.

Im Rahmen dieses Zulassungsverfahrens ist gemäß § 3 c i. V. m. § 3 e UVPG durch eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles zu ermitteln, ob für das beantragte Vorhaben die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist.

Diese Vorprüfung anhand der entscheidungserheblichen Unterlagen und Daten hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung für das o. a. Vorhaben nicht erforderlich ist.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung nach § 3 a UVPG nicht selbständig anfechtbar ist.

— Nds. MBL Nr. 27/2009 S. 619

**Feststellung gemäß § 3 a UVPG
(Infrastrukturgesellschaft Region Hannover GmbH)**

Bek. d. NLStBV v. 29. 6. 2009 — 3330-30161-15 —

Auf Antrag der Infrastrukturgesellschaft Region Hannover GmbH ist für die Errichtung einer Fußgängerlichtsignalanlage an der Burgwedeler Straße, Stadtbahnstrecke A-Nord in Hannover ein Planverzicht gemäß § 28 Abs. 2 PBefG erteilt worden.

Im Rahmen dieser Entscheidung wurde auf der Grundlage der Planunterlagen und Stellungnahmen geprüft, ob für das o. g. Verfahren die Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht. Die Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3 a UVPG hat ergeben, dass für die Errichtung einer Fußgängerlichtsignalanlage an der Burgwedeler Straße keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Diese Feststellung ist gemäß § 3 a UVPG nicht selbständig anfechtbar.

— Nds. MBL Nr. 27/2009 S. 619

**Niedersächsischer Landesbetrieb
für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz**

**Feststellung gemäß § 6 NUVPG
(Deichverstärkung der Aller- und Meißedeiche
im Bereich Hodenhagen, Landkreis Soltau-Fallingb.,
durch den Deichverband Hodenhagen)**

**Bek. d. NLWKN v. 30. 6. 2009
— GB VI L7-62211-224-001 —**

An den Flüssen Aller und Meiß bei der Ortschaft Hodenhagen ist die Verbesserung der Deichsicherheit an den dort vorhandenen Deichen vorgesehen. Die Feststellung nach § 6 NUVPG i. d. F. vom 30. 4. 2007 (Nds. GVBl. S. 179), ob für das Vorhaben eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, erfolgt durch den NLWKN als für die Vorprüfung des Einzelfalles nach § 8 NUVPG zuständige Behörde.

Die vorgesehene Maßnahme dient der Wiederherstellung der erforderlichen Hochwassersicherheit auf einer Länge von insgesamt ca. 2 400 m. Die jetzigen Deiche erfüllen nicht mehr die heute an einen Hochwasserdeich zu stellenden Anforderungen. Dieses betrifft insbesondere die nicht ausreichenden Deichhöhen, zu steile Böschungen, die fehlenden Auelehmandeckungen und die fehlenden Deichverteidigungswege. Die Maßnahme umfasst im Wesentlichen folgende Arbeiten:

- Erhöhung der Deiche um 40 bis 90 cm auf gesamter Länge,
- Neuaufbau der Böschungen mit einer Neigung von 1 : 3 und Einbau einer Auelehmandeckung,
- Bau einer Binnenberme,
- Anlage eines Deichverteidigungsweges in Betonbauweise auf der Binnenberme,
- Bau von Deichrampen,
- Bau von Deichentwässerungsgräben,
- Neubau/Umbau von Kleinschöpfwerken.

Es handelt sich um eine Maßnahme des Deichbaus, welche der Nummer 11 Anlage 1 NUVPG zuzuordnen und in Spalte 3 mit einem „A“ gekennzeichnet ist. Damit ist gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 i. V. m. Nummer 11 Anlage 1 NUVPG eine allgemeine Vorprüfung für das Vorhaben erforderlich.

Nach der Vorprüfung der entscheidungserheblichen Daten und Unterlagen wird hiermit für die Maßnahme — Deichverstärkung der Aller- und Meißedeiche im Bereich Hodenhagen — im Hodenhagener Deichverband gemäß § 6 NUVPG festgestellt, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich ist.

Gegen diese Feststellung kann ein anerkannter Naturschutzverein innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung beim Verwaltungsgericht Lüneburg, Adolph-Kolping-Straße 16, 21337 Lüneburg, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle Klage erheben, wenn er durch die Entscheidung in seinen satzungsgemäßen Aufgaben berührt ist.

— Nds. MBl. Nr. 27/2009 S. 619

**Verordnung
über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes
für die Wassergewinnungsanlagen Hameln-Süd
der GWS Stadtwerke Hameln GmbH**

Vom 7. 7. 2009

Aufgrund des § 48 Abs. 2 und des § 49 NWG i. d. F. vom 25. 7. 2007 (Nds. GVBl. S. 345) und des § 19 WHG i. d. F. vom 19. 8. 2002 (BGBl. I S. 3245), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 22. 12. 2008 (BGBl. I S. 2986), wird verordnet:

§ 1

Zugunsten der Wassergewinnungsanlagen Tünderanger-Nord, Tünderanger-Süd sowie Hohes Feld wird zum Schutz der Gewässer vor nachteiligen Einwirkungen im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung ein Wasserschutzgebiet zum Wohl der Allgemeinheit festgesetzt.

§ 2

(1) Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in die Schutz-zonen:

- I (Fassungsbereich),
- II (engere Schutzzone),
- III A, III B (weitere Schutz-zonen).

(2) Die Grenzen des Wasserschutzgebietes und seiner Schutz-zonen sind in der mitveröffentlichten Übersichtskarte (**Anlage**) im Maßstab 1 : 25 000 dargestellt.

(3) Die genauen Grenzen des Wasserschutzgebietes und seiner Zonen ergeben sich aus Karten im Maßstab 1 : 5 000, die Bestandteil dieser Verordnung sind. Ausfertigungen dieser nicht veröffentlichten Karten befinden sich bei den jeweils zuständigen unteren Wasserbehörden. Diese sind der Landkreis Hameln-Pyrmont und die Stadt Hameln. Die Karten können dort während der Sprechzeiten von jedermann kostenlos eingesehen werden.

§ 3

(1) Die Schutz-zonen I dürfen nur durch Befugte zur Vor-nahme solcher Handlungen betreten werden, die erforderlich sind,

- a) zur Pflege der Schutz-zonen,
- b) für den Betrieb und die Überwachung der Wassergewinnungsanlagen sowie
- c) zur baulichen und betrieblichen Veränderung der Wassergewinnungsanlagen.

(2) Die Anwendung von Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmitteln ist in den Schutz-zonen I verboten. Darüber hinaus ist jegliche Düngung untersagt, soweit sie nicht in geringen Mengen zur Erzielung einer geschlossenen Grasnarbe erforderlich ist.

§ 4

In dem Wasserschutzgebiet sind folgende Handlungen nach Maßgabe der nachstehenden Aufstellung in den jeweiligen Schutz-zonen verboten (V), beschränkt zulässig (G) oder zulässig aufgrund dieser Verordnung (—). Die über die Schutzbestimmungen dieser Verordnung hinausgehenden Verbote und Genehmigungsvorbehalte nach anderen Rechtsvorschriften bleiben unberührt

		Schutzzone		
		II	III A	III B
Abwasser				
1.	Einleiten von Abwasser in den Untergrund			
1.1	Niederschlagswasser, das von Verkehrsflächen oder mit diesen vergleichbaren Flächen abfließt			
1.1.1	Versenken über Schluckbrunnen, Sickerschächte oder vergleichbare Einrichtungen	V	V	V
1.1.2	Untergrundverrieselung oder -versickerung	V	V	V
1.1.3	Verrieseln oder Versickern über die belebte Bodenzone	V	G	G
1.2	Niederschlagswasser von Dach- oder Terrassenflächen und nicht schädlich verunreinigtes Niederschlagswasser von Grundstücks- und Hofflächen			
1.2.1	Versenken über Schluckbrunnen, Sickerschächte oder vergleichbare Einrichtungen	V	G	G
1.2.2	Untergrundverrieselung oder -versickerung	V	G	G
1.2.3	Verrieseln oder Versickern über die belebte Bodenzone	G	—	—
1.3	Schmutzwasser			
1.3.1	Verrieseln oder Versickern häuslicher Abwässer aus einer Kleinkläranlage, wenn für diese eine allgemeine bauaufsichtliche Zulassung (§ 25 NBauO) oder eine europäische technische Zulassung (§ 6 BauPG) besteht und in der Zulassung die Anforderungen an den Einbau, den Betrieb und die Wartung der Anlage festgelegt sind, die für einen den Anforderungen nach der Abwasserordnung entsprechenden Betrieb erforderlich sind	V	G ^{*)}	G ^{*)}
*) Die Genehmigung gilt für Einleitungen aus Kleinkläranlagen als erteilt, die auf der Grundlage einer Satzung nach § 149 Abs. 4 bis 6 NWG errichtet oder geändert werden.				
1.3.2	Einleiten von Schmutzwasser mit Ausnahme von häuslichem Abwasser aus einer Kleinkläranlage nach Nummer 1.3.1	V	V	V
1.4	Versenken oder Versickern von Kühlwasser	V	V	V
2.	Einleiten von Abwasser in oberirdische Gewässer	V	G	G
ausgenommen nicht schädlich verunreinigtes Niederschlagswasser im Rahmen des Gemeindegebrauchs gemäß § 73 NWG				

		Schutzzone					Schutzzone		
		II	III A	III B			II	III A	III B
3.	Bau und Betrieb von Abwasserleitungen				7.3.1	von der Ernte der letzten Hauptfrucht bis zum 31. Januar des folgenden Jahres	V	V	V
3.1	Durchleiten von Abwasser durch das Schutzgebiet	V	G	—		ausgenommen ist die Startdüngung zur Zwischenfrucht oder zu Winterraps bis zum 15. September mit maximal 40 kg Gesamt-N/ha, soweit die unter den Nummern 6, 8, 9 und 10 genannten Stoffe nicht ausgebracht werden. Bei Abfuhr des Zwischenfruchtaufwuchses können bis zu 80 kg Gesamt-N/ha aufgebracht werden.	V	—	—
3.2	Hinausleiten von Abwasser aus dem Schutzgebiet	G	G	—	7.3.2	in der übrigen Zeit bis zur Ernte der Hauptfrucht	V	—	—
4.	Bau von Abwasserbehandlungsanlagen oder Abwassersammelgruben	V	G	G	8.	Aufbringen von mineralischem Stickstoffdünger			
5.	Verregnung von Abwasser oder Abwasserlandbehandlung	V	V	V	8.1	auf Grünland in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Januar	V	V	V
Land- und Forstwirtschaft und Erwerbsgartenbau					8.2	auf ackerbaulich oder erwerbsgärtnerisch genutzte Flächen in der Zeit nach der Ernte der Hauptfrucht bis zum 31. Januar des folgenden Jahres	V	V	V
6.	Aufbringen von Klärschlamm oder Klärschlammkompost aus Abwasserbehandlungsanlagen zur Behandlung von Haushaltsabwässern oder Abwässern mit ähnlich geringer Schadstoffbelastung auf landwirtschaftlich (ohne Dauergrünland) oder erwerbsgärtnerisch genutzte Flächen zur landwirtschaftlichen Düngung					ausgenommen ist die Startdüngung zur Zwischenfrucht bis zum 15. September oder zu Winterraps bis zum 30. September mit maximal 40 kg Gesamt-N/ha, soweit die unter den Nummern 6, 7, 9 und 10 genannten Stoffe nicht ausgebracht werden. Bei Abfuhr des Zwischenfruchtaufwuchses können bis zu 80 kg Gesamt-N/ha aufgebracht werden.			
6.1	bei weniger als 30 v. H. Trockensubstanzgehalt				8.3	auf forstwirtschaftlich genutzte Flächen	V	G	G
6.1.1	auf unbestellte ackerbaulich oder erwerbsgärtnerisch genutzte Flächen				9.	Aufbringen von Stallmist			
6.1.1.1	von der Ernte der letzten Hauptfrucht bis zum 28. Februar des folgenden Jahres	V	V	V	9.1	auf Grünland in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Januar	V	V	V
6.1.1.2	in der übrigen Zeit bis zur Ernte der Hauptfrucht	V	G	G	9.2	auf ackerbaulich oder erwerbsgärtnerisch genutzte Flächen in der Zeit nach der Ernte der Hauptfrucht bis zum 31. Januar	V	V	V
6.1.2	auf bestellte ackerbaulich oder erwerbsgärtnerisch genutzte Flächen					ausgenommen ist die Düngung zur Zwischenfrucht oder zu Winterraps bis zum 15. September mit maximal 40 kg Gesamt-N/ha in den Schutzzonen III A und III B, soweit die unter den Nummern 6, 7, 8 und 10 genannten Stoffe nicht ausgebracht werden. Bei Abfuhr des Zwischenfruchtaufwuchses können bis zu 80 kg Gesamt-N/ha aufgebracht werden.			
6.1.2.1	von der Ernte der letzten Hauptfrucht bis zum 31. Januar des folgenden Jahres	V	V	V	9.3	auf forstwirtschaftlich genutzte Flächen	V	V	V
6.1.2.2	in der übrigen Zeit bis zur Ernte der Hauptfrucht	V	—	—	10.	Aufbringen von unbehandelten und behandelten Bioabfällen und deren Gemischen			
6.2	bei mehr als 30 v. H. Trockensubstanzgehalt auf				10.1	auf Grünland, ackerbaulich oder erwerbsgärtnerisch genutzten Flächen			
6.2.1	landwirtschaftlich oder erwerbsgärtnerisch genutzte Flächen				10.1.1	vom 1. Oktober bis zum 31. Januar	V	V	V
6.2.1.1	vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember	V	V	V	10.1.2	vom 1. Februar bis zum 30. September	V	G	—
6.2.1.2	in der übrigen Zeit bis zur Ernte der Hauptfrucht	V	G	G	10.2	auf forstwirtschaftlich genutzte Flächen	V	V	V
7.	Aufbringen von Gülle, Jauche, Silosickersaft, Geflügelkot und Gärresten aus Biogasanlagen				11.	Nutzungsänderungen			
7.1	auf Grünland				11.1	Nutzungsänderung von absolutem Grünland zur ackerbaulichen oder erwerbsgärtnerischen Nutzung	V	V	V
7.1.1	vom 1. Oktober bis zum 31. Januar	V	V	V	11.2	Nutzungsänderung von absolutem Grünland zur sonstigen Nutzung	V	V	V
7.1.2	in der übrigen Zeit	V	—	—		ausgenommen sind Nutzungsänderungen in bereits rechtskräftigen Bebauungsplänen			
7.2	auf unbestellte ackerbaulich oder erwerbsgärtnerisch genutzte Flächen								
7.2.1	von der Ernte der letzten Hauptfrucht bis zum 28. Februar des folgenden Jahres	V	V	V					
7.2.2	in der übrigen Zeit bis zur Ernte der Hauptfrucht	V	—	—					
7.3	auf bestellte ackerbaulich oder erwerbsgärtnerisch genutzte Flächen								

		Schutzzone			Schutzzone		
		II	III A	III B	II	III A	III B
11.3	Nutzungsänderung von fakultativem Grünland ausgenommen sind Nutzungsänderungen in bereits rechtskräftigen Bebauungsplänen	V	G	G	V	G	G
11.4	Kahlschlag von forstlich genutzten Flächen						
11.4.1	zur Umwandlung der Nutzungsart	V	V	V	V	V	V
11.4.2	zu sonstigen Zwecken auf Flächen > 0,5 ha ausgenommen sind Hiebmaßnahmen im erforderlichen Umfang, wenn der Kahlschlag in geschädigten Beständen aus Gründen des Waldschutzes erforderlich ist	V	G	G			
12.	Sonderkulturen und Gartenbau						
12.1	Errichten oder Erweitern von Baumschulen oder Gartenbaubetrieben	V	G	G			
12.2	Errichten oder Erweitern von Kleingartenanlagen nach dem BKleingG	V	V	G			
12.3	Feldanbau von Gemüse	G	G	G			
12.4	Rotations- oder Dauerbrachen ohne gezielte Begrünung	V	V	V			
12.5	Umbruch von Dauerbrachen in der Zeit vom 1. Juli bis zum 31. Januar ausgenommen ist der Umbruch zur Saat von Winterraps ohne Startdüngung	V	V	V			
12.6	Grünlanderneuerung ausgenommen sind umbruchlose Verfahren	V	G	G			
13.	Lagern und Zwischenlagern von Wirtschaftsdünger und Sekundärrohstoffdünger						
13.1	Lagern von Stallmist, Geflügelkot, Kompost oder Klärschlamm in oder auf undurchlässigen baulichen Anlagen mit Auffangvorrichtung	V	—	—			
13.2	Lagern von Stallmist oder Geflügelkot außerhalb von undurchlässigen baulichen Anlagen mit Auffangvorrichtung	V	V	V			
13.3	Lagern von Klärschlamm oder Kompost außerhalb von undurchlässigen baulichen Anlagen mit Auffangvorrichtung, soweit dies nicht für die Aufbringung erforderlich ist	V	V	V			
13.4	Zwischenlagern von Stallmist oder Geflügelkot	V	G	G			
14.	Lagern von Jauche oder Gülle sowie Gärresten aus Biogasanlagen in Erdbecken (Güllelagunen)	V	V	V			
15.	Lagern von Gärfutter						
15.1	in undurchlässigen baulichen Anlagen mit Auffangvorrichtung für Silagesäfte	V	—	—			
15.2	in allen übrigen Gärfuttermieten mit Dichtung	V	G	G			
15.3	in Gärfuttermieten ohne Dichtung mit einem Trockensubstanzgehalt von 28 v. H. und mehr auf jährlich wechselnden Standorten	V	—	—			
15.4	in allen übrigen Gärfuttermieten ohne Dichtung	V	V	V			
16.	Dauerpferche oder Freilandhaltung auf einer Fläche größer als 250 m ² ausgenommen ist die Freilandhaltung Raufutter fressender Tiere	V	G	G			
17.	Einrichten von Holzpolterplätzen mit Beregnung (Holzkonservierungsanlagen)	V	G	G			
Wassergefährdende Stoffe							
18.	Umgang mit wassergefährdenden Stoffen gemäß § 19 g Abs. 5 WHG außerhalb von Einrichtungen, aus denen ein Eindringen in den Boden nicht möglich ist ausgenommen ist der Umgang mit Dünge- und Pflanzenschutzmitteln unter Verwendung tropfsicherer Umfülleinrichtungen, die im Rahmen ordnungsgemäßer Landbewirtschaftung aufgebracht werden	V	V	V			
19.	Verwenden offener radioaktiver Stoffe ausgenommen ist das Lagern oder Verwenden im medizinischen oder labor-technischen Bereich	V	V	V			
20.	Transport wassergefährdender Stoffe im Sinne des § 19 g Abs. 5 WHG durch Fahrzeuge	V	—	—			
21.	Befördern wassergefährdender Stoffe im Sinne von § 19 g Abs. 5 WHG						
21.1	in Rohrleitungsanlagen gemäß den §§ 156 ff. NWG						
21.1.1	unterirdisch verlegt	V	V	V			
21.1.2	oberirdisch verlegt	V	G	G			
21.2	in Feldleitungen, die der Bergaufsicht unterliegen	V	G	G			
Abfall, bauliche Anlagen, Sondernutzungen							
22.	Errichten oder wesentliches Ändern von Anlagen zur Abfallbeseitigung	V	V	V			
23.	Errichten oder wesentliches Ändern von Anlagen zur Verwertung von Abfällen ausgenommen ist die Eigenkompostierung	V	V	G			
24.	Ausweisen von Baugebieten	V	G	G			
25.	Bauliche Anlagen						
25.1	Errichten von genehmigungspflichtigen baulichen Anlagen (Wohngebäude oder ähnlichem und Gebäude zur industriellen, gewerblichen oder landwirtschaftlichen Nutzung einschließlich Nebenanlagen)	V	G	G			
25.2	Ändern dieser baulichen Anlagen, soweit die Änderung einer Nutzungsänderung dient und hierdurch mehr wassergefährdende Stoffe (größere Mengen, höhere Konzentration/en) anfallen oder verwendet werden	V	G	G			
26.	Bau von Straßen für den öffentlichen Straßenverkehr						
26.1	Neubau oder Ausbau von befestigten, für Motorfahrzeuge zugelassenen Wegen, Straßen und Plätzen ausgenommen sind land- oder forstwirtschaftliche Wirtschaftswege	V	G	—			
26.2	Neubau und Ausbau von befestigten, für Motorfahrzeuge zugelassenen Wegen, Straßen und Plätzen, soweit die „Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wassergewinnungsgebieten“ (RiStWag) der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Postfach 50 13 62, 50973 Köln, in der jeweils geltenden Fassung angewendet werden	V	—	—			

	Schutzzone		
	II	IIIA	IIIB
	ausgenommen sind land- oder forstwirtschaftliche Wirtschaftswege		
27.	Bahnanlagen		
27.1	V	G	G
27.2	Bau oder wesentliche Erweiterung von Güterumschlagsanlagen und Rangierbahnhöfen mit Gleisanschluss an das öffentliche Netz		
	V	V	G
28.	Verwenden von Baustoffen, die auswaschbare wassergefährdende Stoffe oder Beimengungen enthalten oder durch Umwandlung wassergefährdend wirken können, bei Baumaßnahmen im Freien		
	V	V	V
29.	Bau von militärischen Anlagen oder Einrichten von Übungsplätzen		
	V	V	V
30.	Durchführen von Manövern oder Übungen von Streitkräften oder ähnlichen Organisationen, soweit sie nicht dem DVGW-Merkblatt W 106 in der jeweils geltenden Fassung entsprechen		
	V	V	V
31.	Bau von Campingplätzen, Sportanlagen oder Badeanstalten		
	V	G	G
32.	Großveranstaltungen		
32.1	Märkte, Volksfeste oder sonstige Großveranstaltungen außerhalb dafür vorgesehener Anlagen mit geregelter Abwasserentsorgung		
	V	—	—
32.2	Nutzung von Freiflächen als Parkplätze		
	V	—	—
33.	Bau oder wesentliche bauliche Änderung von Tontaubenschießständen		
	V	V	G
34.	Betreiben von Motorsport außerhalb dafür zugelassener Verkehrswege und -flächen		
	V	V	V
35.	Friedhöfe		
35.1	Neuanlage von Friedhöfen		
	V	V	G
35.2	Erweitern von Friedhöfen		
	V	G	G
36.	Fischteiche		
36.1	Anlegen, wesentliches Verändern oder Nutzung von Fischteichen zu gewerblichen Zwecken (intensive Fischhaltung)		
	V	V	G
36.2	Anlegen, wesentliches Verändern oder Nutzung von Fischteichen zu nicht gewerblichen Zwecken (extensive Fischhaltung)		
	V	G	G
Bodeneingriffe			
37.	Neuanlage von Dränen oder Vorflutern		
	V	G	—
38.	Erdaufschlüsse, die räumlich und zeitlich eng begrenzt sind (z. B. Abgrabungen, Ausschachtungen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen), sowie alle über die ordnungsgemäße land- oder forstwirtschaftliche Bodennutzung hinausgehenden Bodeneingriffe von mehr als 3 m Tiefe		
	V	G	G
	ausgenommen sind Erdaufschlüsse in bereits rechtskräftigen Bebauungsplänen		
39.	Bodenabbau oder Erdaufschlüsse, die nicht unter Nummer 38 fallen und durch die die Deckschichten auf Dauer vermindert werden		
39.1	mit Freilegen des Grundwassers		
	V	V	G
39.2	ohne Freilegen des Grundwassers		
	V	G	G
40.	Anlagen und Maßnahmen des Bergbaus mit Eingriff in die Deckschichten		
	V	G	G

	Schutzzone		
	II	IIIA	IIIB
41.	Sprengungen		
41.1	Durchführen von Sprengungen		
	V	V	G
41.2	Durchführen von seismischen Sprengungen im Rahmen eines von der zuständigen Bergbehörde zugelassenen Betriebsplans		
	V	G	G
42.	Bohrungen (mit Ausnahme für die öffentliche Wasserversorgung und der Erfolgskontrolle) von mehr als 3 m Tiefe		
	V	G	G
43.	Gebrauch von Grundwasserwärmepumpen oder Erdreich- bzw. Erdsondenwärmepumpen		
	V	G	G

§ 5

Von den Verboten der Verordnung kann die jeweils zuständige untere Wasserbehörde im Einzelfall Befreiung erteilen, soweit der Schutzgebietszweck nicht gefährdet wird.

§ 6

(1) Die nach § 4 beschränkt zulässigen Handlungen dürfen nur mit Genehmigung der jeweils zuständigen unteren Wasserbehörde vorgenommen werden. Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn zu befürchten ist, dass durch die beabsichtigte Handlung auf die durch diese Verordnung geschützten Wassergewinnungsanlagen nachteilig eingewirkt werden kann und diese Nachteile durch Bedingungen und/oder Auflagen nicht verhütet werden können.

(2) Einer gesonderten Genehmigung nach Absatz 1 bedarf es nicht für beschränkt zulässige Handlungen, die schon nach anderen Rechtsvorschriften einer Erlaubnis (§ 10 NWG), Bewilligung (§ 13 NWG), Genehmigung, Planfeststellung bzw. Plangenehmigung (§ 119 NWG) oder sonstigen behördlichen Zulassung bedürfen, wenn diese von der jeweils zuständigen Wasserbehörde oder mit deren Einvernehmen erteilt wird. Die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 2 sind im Rahmen des jeweiligen behördlichen Zulassungsverfahrens zu prüfen.

(3) Einer gesonderten Genehmigung nach Absatz 1 bedarf es darüber hinaus nicht, soweit für die nach § 4 Nrn. 6 bis 17 (Land- und Forstwirtschaft) beschränkt zulässigen Handlungen eine Kooperationsvereinbarung sowie ein öffentlich-rechtlicher Vertrag entsprechenden Inhalts zwischen der jeweils zuständigen unteren Wasserbehörde und dem Bewirtschafter geschlossen wurde. Der öffentlich-rechtliche Vertrag nach Satz 1 ersetzt in diesem Fall die nach Absatz 1 erforderliche Genehmigung. Eine Kooperationsvereinbarung i. S. dieser Vorschrift ist eine in einer landwirtschaftlichen Kooperation getroffene Übereinkunft zu gewässerschutzorientierten Bewirtschaftungsregelungen zwischen einem oder mehreren Wasserversorgungsunternehmen und bodenbewirtschaftenden Personen aus den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft oder Erwerbsgartenbau (Bewirtschafter). Voraussetzung ist, dass die jeweils zuständige untere Wasserbehörde der Kooperationsvereinbarung zugestimmt hat und die Zustimmung nicht widerrufen wurde. Die Zustimmung ist jederzeit widerruflich. Die Kooperationsvereinbarung wird in der Regel zeitlich befristet geschlossen.

(4) Verstößt der Bewirtschafter gegen den öffentlich-rechtlichen Vertrag, gilt wieder die Regelung des Absatzes 1. Das Genehmigungserfordernis des Absatzes 1 kann nicht nach Absatz 3 entfallen. Zugleich handelt der Bewirtschafter bei Verstößen gegen den öffentlich-rechtlichen Vertrag den Bestimmungen dieser Verordnung zuwider. § 11 gilt entsprechend. Daneben kann die jeweils zuständige untere Wasserbehörde den gesamten öffentlich-rechtlichen Vertrag aus wichtigem Grund nach § 62 VwVfG, § 314 BGB ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen.

§ 7

Anlagen, die bei Inkrafttreten dieser Verordnung rechtmäßig vorhanden sind, jedoch den Vorschriften des § 4 nicht ent-

sprechen, sind in ihrem Bestand geschützt. Die jeweils zuständige untere Wasserbehörde kann dessen ungeachtet im Interesse der Gefahrenabwehr die Maßnahmen anordnen, die erforderlich sind, um den Zweck dieser Verordnung zu erreichen.

§ 8

(1) Bei der Bewirtschaftung von Böden ist eine auf die Gegebenheiten des Standortes unter Berücksichtigung des Pflanzenbedarfs und des Nährstoffentzugs durch die Ernte abgestimmte Bewirtschaftung zur Minimierung von Schadstoffeinträgen einzuhalten.

(2) Betriebe mit mehr als drei Hektar landwirtschaftlich oder erwerbsgärtnerisch genutzter Fläche sind verpflichtet, geeignete einzelflächenbezogene Aufzeichnungen zu führen. Sie haben mindestens Angaben über die Lage und Größe der einzelnen Anbauflächen, die Fruchtfolge, den Zeitpunkt der Ansaat, die mengen- und zeitgemäßen Einsätze von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln sowie über die Ernteerträge zu enthalten. Bei Beweidung sind auch Angaben über die Tierart und -anzahl sowie Zeitpunkt des Auf- und Abtriebes zu machen. Vorhandene Ergebnisse von Bodenuntersuchungen sind den Aufzeichnungen beizufügen. Die jeweils zuständige untere Wasserbehörde ist berechtigt, die Aufzeichnungen einzusehen oder ihre Vorlage zu verlangen.

(3) Die jeweils zuständige untere Wasserbehörde kann anordnen, den Nitratgehalt durch N_{min}-Untersuchungen oder gleichwertige Verfahren auf landwirtschaftlich oder erwerbsgärtnerisch genutzten Böden bestimmen zu lassen.

§ 9

Die Eigentümerinnen und Eigentümer sowie die Nutzungsberechtigten der im Wasserschutzgebiet liegenden Grundstücke sind verpflichtet, das Betreten der Grundstücke durch Beauftragte der jeweils zuständigen unteren Wasserbehörde

und der von dieser ermächtigten Stellen nach vorheriger Ankündigung zu dulden, um die Einhaltung der in § 4 aufgeführten Schutzbestimmungen zu überprüfen und um Maßnahmen durchzuführen, die zum Schutz der Wassergewinnungsanlage erforderlich sind (z. B. Aufstellung von Hinweisschildern oder Zäunen).

§ 10

(1) Soweit eine Schutzbestimmung dieser Verordnung eine Enteignung darstellt, ist dafür nach § 51 i. V. m. den §§ 55 bis 59 NWG Entschädigung zu leisten. Unmittelbar Begünstigter i. S. des § 56 NWG ist die GWS Stadtwerke Hameln GmbH bzw. deren Rechtsnachfolger.

(2) Eine Ausgleichszahlung ist gemäß § 51 a NWG dann zu leisten, wenn eine der in § 4 oder in § 8 dieser Verordnung aufgeführten Schutzbestimmungen erhöhte Anforderungen festsetzt, die die ordnungsgemäße land-, forstwirtschaftliche oder erwerbsgärtnerische Nutzung eines Grundstückes beschränken oder mit zusätzlichen Kosten belasten. Unmittelbar Begünstigter i. S. des § 51 a Abs. 3 NWG ist die GWS Stadtwerke Hameln GmbH bzw. deren Rechtsnachfolger.

§ 11

Wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die Bestimmungen dieser Verordnung verstößt, handelt ordnungswidrig. Die Ordnungswidrigkeit wird nach § 190 Abs. 2 und 3 NWG i. V. m. § 36 Abs. 1 Nr. 1 OWiG vom 19. 2. 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 7. 8. 2007 (BGBl. I S. 1786), mit einer Geldbuße bis zu 50 000 EUR geahndet. Unberührt bleiben Regelungen und Zuständigkeiten nach anderen Rechtsvorschriften.

§ 12

Diese Verordnung tritt am 15. 10. 2009 in Kraft.

Braunschweig, den 7. 7. 2009

Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz

Spengel

— Nds. MBl. Nr. 27/2009 S. 624

Die Anlage ist auf den Seiten 626—627 dieser Nummer des Nds. MBl. abgedruckt.

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg

**Feststellung gemäß § 3 a UVPG
(Hermann Eckholt GmbH, Surwold)**

**Bek. d. GAA Oldenburg v. 24. 6. 2009
— 08-142Ma;3.10/1 —**

Die Firma Hermann Eckholt GmbH, Börgerstraße 23, 26903 Surwold, hat mit Schreiben vom 26. 11. 2008 die Erteilung einer Genehmigung gemäß den §§ 4 und 10 BImSchG in der derzeit geltenden Fassung für die Errichtung und den Betrieb einer Anlage zur Oberflächenbehandlung von Metallen oder Kunststoffen durch ein elektrolytisches oder chemisches Verfahren mit einem Volumen der Wirkbäder von 170,1 Kubikmetern auf dem Grundstück in 26903 Surwold, Querstraße 16, Gemarkung Surwold, Flur 37, Flurstück 13/16, beantragt.

Gegenstand des Genehmigungsantrages ist die Errichtung und der Betrieb einer Anodisierungsanlage für Profile und Aluminiumkantungen.

Im Rahmen dieses Genehmigungsverfahrens ist gemäß § 3 c i. V. m. Nummer 3.9.1 der Anlage 1 UVPG in der derzeit geltenden Fassung durch eine Vorprüfung des Einzelfalles zu ermitteln, ob für das beantragte Vorhaben die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist.

Diese Vorprüfung hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung für das o. a. Verfahren nicht erforderlich ist.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung nicht selbständig anfechtbar ist.

— Nds. MBl. Nr. 27/2009 S. 624

**Genehmigung nach dem BImSchG;
Öffentliche Bekanntmachung
(Hermann Eckholt GmbH, Surwold)**

**Bek. d. GAA Oldenburg v. 6. 7. 2009
— Ma;3.10/1 —**

Die Firma Hermann Eckholt GmbH, Bürgerstraße 23, 26903 Surwold, hat mit Schreiben vom 26. 11. 2008 die Erteilung einer Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Anlage zur Oberflächenbehandlung von Metallen oder Kunststoffen durch ein elektrolytisches oder chemisches Verfahren mit einem Volumen der Wirkbäder von 170,1 Kubikmetern auf dem Grundstück in 26903 Surwold, Querkanal 16, Flurstück 13/16, Flur 37, Gemarkung Surwold, beantragt.

Im Genehmigungsverfahren sind keine Einwendungen erhoben worden. Der für

**Donnerstag, den 30. 7. 2009, ab 10.00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Rathauses
der Samtgemeinde Nordhümmling
— Dienststelle Surwold —,
Hauptstraße 75, 26903 Surwold,**

geplante Erörterungstermin findet **nicht** statt.

Aufgrund § 12 Abs. 1 der 9. BImSchV wird die Entscheidung über den Wegfall des Erörterungstermins öffentlich bekannt gemacht.

— Nds. MBl. Nr. 27/2009 S. 625

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Osnabrück

**Feststellung gemäß § 3 a UVPG
(Dresen + Bremen GmbH, Alfhausen)**

**Bek. d. GAA Osnabrück v. 26. 6. 2009
— 09-009-01/Ev —**

Die Dresen + Bremen GmbH, Waller Esch 3, 49594 Alfhausen, hat mit Antrag vom 25. 2. 2009 die Erteilung einer Genehmigung gemäß § 4 BImSchG i. d. F. vom 26. 9. 2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes v. 23. 10. 2007 (BGBl. I S. 2470), zur Errichtung und zum Betrieb einer Anlage zur zeitweiligen Lagerung von Eisen- und Nichteisenschrotten mit einer Gesamtlagerkapazität von 1 000 t beantragt. Standort der Anlage ist das Grundstück in Alfhausen, Gemarkung Heeke, Flur 8, Flurstücke 83/4 und 83/5.

Die genehmigungsbedürftige Anlage ist ein Vorhaben, das in Nummer 8.7.2 Anlage 1 UVPG i. d. F. vom 25. 6. 2005 (BGBl. I S. 1757, 2797), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. 12. 2008 (BGBl. I S. 2986), genannt ist. Gemäß § 3 c Abs. 1 UVPG ist eine standortbezogene Vorprüfung für das Vorhaben erforderlich. Nach der Vorprüfung der entscheidungserheblichen Daten und Unterlagen wird hiermit für das Vorhaben „Errichtung und Betrieb einer Anlage zur zeitweiligen Lagerung von Eisen- und Nichteisenschrotten“ gemäß § 3 a UVPG festgestellt, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich ist.

Diese Feststellung ist gemäß § 3 a UVPG nicht selbständig anfechtbar.

— Nds. MBl. Nr. 27/2009 S. 625

Stellenausschreibung

Beim **Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Hildesheim** ist in der Abteilung 4 — Zentrale Unterstützungsstelle Luftreinhaltung und Gefahrstoffe — vorbehaltlich der Freigabe durch die Job-Börse Niedersachsen zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

**einer oder eines technischen Angestellten oder
einer technischen Beamtin oder eines technischen Beamten**

zu besetzen.

Aufgabengebiet:

- Wahrnehmung der Aufgaben der zentralen Stelle für die Berichterstattung von anlagenbezogenen Daten zur Luftreinhaltung für das Land Niedersachsen, insbesondere
 - Vorbereitung und Begleitung der von den zuständigen Behörden und Betrieben durchzuführenden Datenerhebungen z. B. 11. BImSchV, PRTR, GFA,
 - Zusammenführung, Prüfung und Auswertung der erhobenen Daten unter Berücksichtigung spezieller Fragestellungen,
 - Ableitung von Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Emissionsdaten und deren Einführung im landesweiten Vollzug,
 - Erstellung von Berichten an das MU,
 - Weitergabe der niedersächsischen Daten und Berichterstattung an das Umweltbundesamt,
 - Ansprechpartner der zentralen Bundesbehörde,
 - fachliche Beratung des MU, der staatlichen Gewerbeaufsichtsämter und anderer Behörden in Fragen der anlagenbezogenen Luftreinhaltung insbesondere im Hinblick auf Anlagen- und Ablufttechnik,
 - Begutachtung und Beurteilung von Messstellen im Bereich der Emissions- und Immissionsüberwachung als Grundlage für die Notifizierung nach § 26 BImSchG,
 - laufende Überprüfung der Tätigkeit von Messstellen auf der Grundlage von Audits und Messberichten,
 - Aus- und Fortbildung von Mitarbeitern der staatlichen Gewerbeaufsichtsämter,
 - landesweite und länderübergreifende Zusammenarbeit. Mitarbeit in DIN- und VDI-Arbeitsgruppen.
- Entgelt oder Besoldung wird abhängig von der Erfüllung der persönlichen Voraussetzungen nach EntgeltGr. 13 TV-L oder BesGr. A 13 gezahlt.

Bewerberinnen und Bewerber müssen einen Master- oder gleichwertigen Abschluss in einem geeigneten Studiengang (z. B. Chemie, Physik, Technischer Umweltschutz, Verfahrenstechnik) nachweisen.

Erforderlich sind darüber hinaus die Neigung und ausgeprägte Fähigkeit zur Arbeit mit Datenbanken (MS ACCESS, ORACLE, Cristal Reports) sowie fundierte Kenntnisse und praktische Erfahrungen in der Luftreinhaltung und Messtechnik von Luftschadstoffen (Emission/Immission).

Vorteilhaft wären technische Kenntnisse zur Beurteilung industrieller Anlagen und Prozesse und deren Emissionsminderungsmöglichkeiten sowie praktische Erfahrungen in der Auditierung von Qualitätsmanagementsystemen gemäß DIN EN ISO/IEC 17025.

Der Arbeitsplatz ist grundsätzlich teilzeitgeeignet, wobei die Bereitschaft vorausgesetzt wird, bei Vorliegen dienstlicher Erfordernisse vorübergehend auch ganztags zu arbeiten.

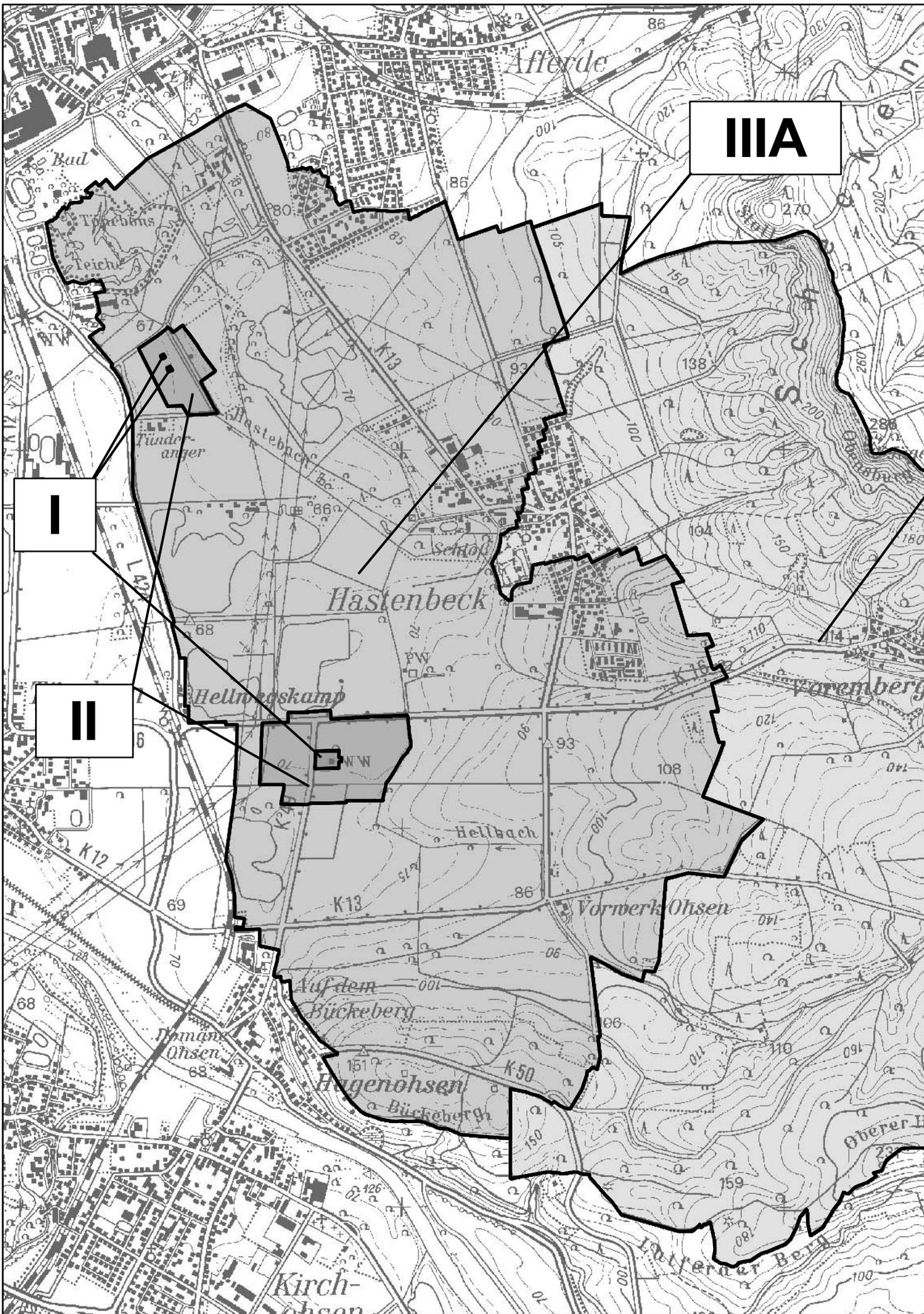
Das Land Niedersachsen fördert verstärkt die berufliche Entwicklung von Frauen und ist bestrebt, den Anteil an Frauen bei der Besetzung höherwertiger Stellen zu erhöhen. Bewerbungen von Frauen werden deshalb besonders begrüßt.

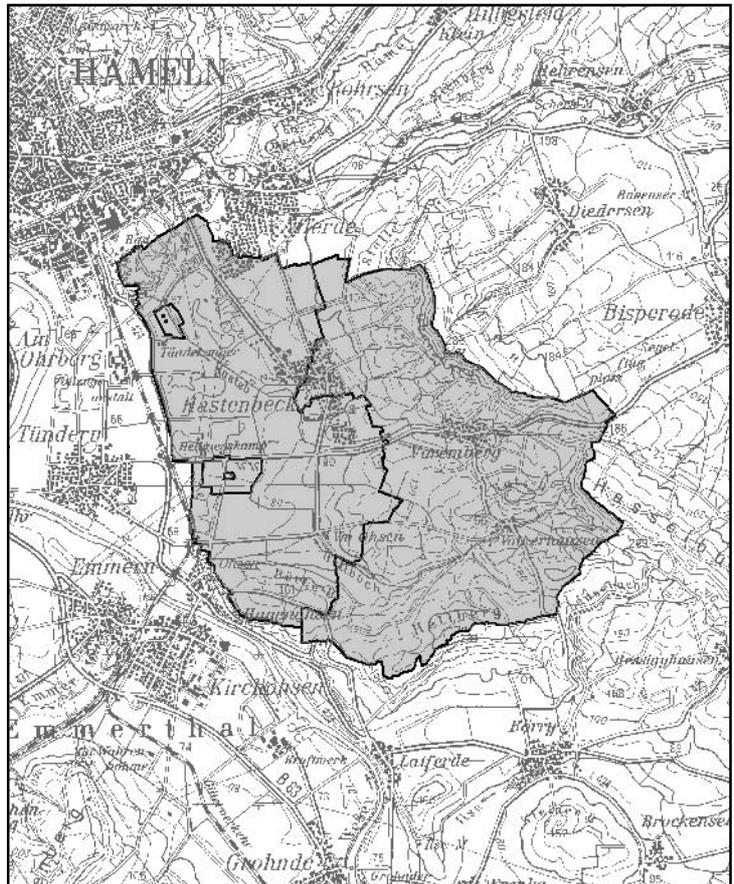
Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Die Ausschreibung richtet sich ausschließlich an unbefristet beschäftigte Bedienstete des Landes Niedersachsen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden **innerhalb von drei Wochen** nach Veröffentlichung der Ausschreibung erbeten an das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Hildesheim, Abteilung Verwaltung, Goslarsche Straße 3, 31134 Hildesheim. Für Rückfragen steht Ihnen Frau Schneider-Ajrout, Tel. 05121 163-173, zur Verfügung.

— Nds. MBl. Nr. 27/2009 S. 625





Übersichtskarte 1 : 100.000



Niedersächsischer Landesbetrieb
für Wasserwirtschaft, Küsten-
und Naturschutz

**Festsetzung eines Wasserschutzgebietes
zugunsten der Wassergewinnungsanlagen
der GWS Stadtwerke Hameln GmbH**

Wasserschutzgebiet

Schutzzone

- I
- II
- IIIA
- IIIB



1 : 25.000

Quelle:

Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen
Vermessungs- und Katasterverwaltung

© 2005



Braunschweig, den 7. 7. 2009

Spiegel

Neuerscheinungen

Claus, **Lexikon der Eingruppierung** der Angestellten im öffentlichen Dienst. 46. Ergänzungslieferung, Stand: April 2009. Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Emmy-Noether-Straße 2, 80992 München.

— Nds. MBl. Nr. 27/2009 S. 628

Berger/Kiefer/Langenbrinck, **Betriebliche Altersversorgung im öffentlichen Dienst**, Kommentar. 80. Ergänzungslieferung, Stand: März 2009, 60,95 EUR. Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Emmy-Noether-Straße 2, 80992 München.

— Nds. MBl. Nr. 27/2009 S. 628

Breier/Dassau/Kiefer, **TVöD-Kommentar**, Tarif- und Arbeitsrecht im öffentlichen Dienst, Kommentar. 30. Aktualisierung, Stand: Juni 2009, Loseblattwerk, Ordner, 99,95 EUR. Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Emmy-Noether-Straße 2, 80992 München.

— Nds. MBl. Nr. 27/2009 S. 628

Schadewitz/Röhrig/Seifener, **Beihilfavorschriften**, Kommentar. 101. Ergänzungslieferung, Stand: Mai 2009, 208 Seiten, 54,50 EUR. Gesamtwerk: 3 964 Seiten, 138,— EUR. Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Postfach 10 28 69, 69018 Heidelberg.

— Nds. MBl. Nr. 27/2009 S. 628

Schiwy, **Chemikaliengesetz**, Kommentar. 222. Ergänzungslieferung, Stand: 15. 4. 2009, 107,— EUR. Verlag R. S. Schulz GmbH, Freisinger Straße 3, 85716 Unterschleißheim.

— Nds. MBl. Nr. 27/2009 S. 628

Schwegmann/Summer, **Bundesbesoldungsgesetz**, Kommentar. 140. Ergänzungslieferung, Stand: Februar 2009, 99,95 EUR. Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Emmy-Noether-Straße 2, 80992 München.

— Nds. MBl. Nr. 27/2009 S. 628

ZTR – Zeitschrift für Tarifrecht, Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes. Die ZTR erscheint monatlich. Jahresabonnement: 182,— EUR einschließlich Versandkosten. Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Emmy-Noether-Straße 2, 80992 München.

Heft Nr. 6/2009 enthält u. a. folgende Beiträge:

Rambach/Feldmann, Fremdsprachenlektoren als wissenschaftliches Personal nach dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz

Steinherr, Die „In-sich-Beurlaubung“ — das privatisierte Beamtenrecht

Litschen, LoB Praxisprobleme — Logik und Leistung.

— Nds. MBl. Nr. 27/2009 S. 628

Herausgegeben von der Niedersächsischen Staatskanzlei
Verlag und Druck: Schlütersche Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Hans-Böckler-Allee 7, 30173 Hannover; Postanschrift: 30130 Hannover, Telefon 0511 8550-0, Telefax 0511 8550-2400, Postbank Hannover 4 10-308. Erscheint nach Bedarf, in der Regel wöchentlich. Laufender Bezug und Einzelstücke können durch den Verlag bezogen werden. Bezugspreis pro Jahr 130,40 €, einschließlich 8,53 € Mehrwertsteuer und 12,80 € Portokostenanteil. Bezugskündigung kann nur 10 Wochen vor Jahresende schriftlich erfolgen. Einzelnummer je angefangene 16 Seiten 1,55 €. ISSN 0341-3500. Abonnementsservice: Christian Engelmann, Telefon 0511 8550-2424, Telefax 0511 8550-2405

Einzelverkaufspreis dieser Ausgabe 4,65 € einschließlich Mehrwertsteuer zuzüglich Versandkosten

Aktuelle DIN-Normen

Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen, (DIN 18 065) „Gebäudetreppen, Definitionen, Messregeln, Hauptmaße“ (Nds. MBl. 38/2000).....	4,60 €
Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen, (DIN 18 093) „Feuerschutzabschlüsse, Einbau von Feuerschutztüren in massive Wände aus Mauerwerk oder Beton, Ankerlagen, Ankerformen, Einbau“ (Nds. MBl. 38/2000)	4,60 €
Bauaufsicht, Technische Baubestimmungen, (DIN 1986 Teil 1) „Entwässerungsanlagen für Gebäude und Grundstücke, Technische Bestimmungen für den Bau“ (Nds. MBl. 11/2001).....	3,07 €
Bauaufsicht, Technische Baubestimmungen, (DIN 4102) „Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen“ (Nds. MBl. 11/2001)	3,07 €
Technische Bestimmungen im Brückenbau, Einführung der (DIN 1076) und Ausführungsbestimmungen für die Überwachung und Prüfung von Brücken und Durchlässen, RdErl. vom 7. 8. 2002 (Nds. MBl. 39/2002)	1,55 €
Bauaufsicht, Technische Baubestimmungen, (DIN 11 622-1 bis 4) „Gärfuttersilos und Güllebehälter“ (Nds. MBl. 18/2003)	3,10 €
Bauaufsicht, Technische Baubestimmungen, (DIN 18 056) „Fensterwände, Bemessung und Ausführung“ (Nds. MBl. 15/2003)	3,10 €
Bauaufsicht, Technische Baubestimmungen, (DIN 18 516 Teil 4) „Außenwandbekleidungen, hinterlüftet, Einschleiben-Sicherheitsglas, Anforderungen, Bemessung, Prüfung“ (Nds. MBl. 15/2003)	3,10 €
Bauaufsicht, Technische Baubestimmungen, (DIN 18024-2) „Barrierefreie Bauen – Öffentlich zugängliche Gebäude und Arbeitsstätten, Planungsgrundlagen“ (Nds. MBl. 25/2003)	3,10 €
Bauaufsicht, Technische Baubestimmungen, (DIN 18025-1) „Barrierefreie Wohnungen – Wohnungen für Rollstuhlbewerber, Planungsgrundlagen“ (Nds. MBl. 25/2003)	3,10 €
Bauaufsicht, Technische Baubestimmungen, (DIN 18025-2) „Barrierefreie Wohnungen, Planungsgrundlagen“ (Nds. MBl. 25/2003)	3,10 €
Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen, (DIN 1045) „Tragwerke aus Beton, Stahlbeton und Spannbeton“ (Nds. MBl. 09/2004).....	3,10 €
Anlage zu DIN 1045.....	37,20 €
Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen, (DIN 18516) „Außenwandbekleidung, hinterlüftet“ (Nds. MBl. 14/2004)	4,65 €
Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen, (DIN 4123) „Ausschachtungen, Gründungen und Unterfangungen im Bereich bestehender Gebäude“ (Nds. MBl. 13/2004)	3,10 €
Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen, (DIN V 20000) „Anwendung von Bauprodukten in Bauwerken“ (Nds. MBl. 08/2004)	3,10 €
Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; (DIN 18 093) „Feuerschutzabschlüsse; Einbau von Feuerschutztüren in massive Wände aus Mauerwerk oder Beton; Ankerlagen, Ankerformen, Einbau“ (Nds. MBl. 32/2004)	1,55 €
Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; (DIN 1045) „Tragwerke aus Beton, Stahlbeton und Spannbeton“ (Nds. MBl. 38/2004)	6,20 €
Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; (DIN 1055 Blatt 3) „Lastannahmen für Bauten; Verkehrslasten“ (Nds. MBl. 21/2005)	6,20 €
Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; (DIN V ENV 1992-1-2) „Eurocode 2: Planung von Stahlbeton- und Spannbetontragwerken“ Teil 1-2: Allgemeine Regeln – Tragwerksbemessung für den Brandfall (Nds. MBl. 42/2005)	1,55 €
Anlage zu DIN V ENV 1992-1-2	35,65 €
Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; (DIN V ENV 1993-1-2) „Eurocode 3: Bemessung und Konstruktion von Stahlbauten“ Teil 1-2: Allgemeine Regeln – Tragwerksbemessung für den Brandfall (Nds. MBl. 42/2005)	1,55 €
Anlage zu DIN V ENV 1993-1-2	35,65 €
Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; (DIN V ENV 1994-1-2) „Eurocode 4: Bemessung und Konstruktion von Verbundtragwerken aus Stahl und Beton“ Teil 1-2: Allgemeine Regeln – Tragwerksbemessung für den Brandfall (Nds. MBl. 42/2005)	1,55 €
Anlage zu DIN V ENV 1994-1-2	35,65 €

Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; (DIN V ENV 1995-1-2) „Eurocode 5: Bemessung und Konstruktion von Holzbauten“ Teil 1-2: Allgemeine Regeln – Tragwerksbemessung für den Brandfall (Nds. MBl. 42/2005)	1,55 €
Anlage zu DIN V ENV 1995-1-2	35,65 €
Technische Baubestimmungen; (DIN V ENV 1996-1-2) „Eurocode 6: Bemessung und Konstruktion von Mauerwerksbauten“ Teil 1-2: Allgemeine Regeln – Tragwerksbemessung für den Brandfall (Nds. MBl. 42/2005)	1,55 €
Anlage zu DIN V ENV 1996-1-2	35,65 €
Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; (DIN 1053-4) „Mauerwerk-Fertigbauteile“ (Nds. MBl. 43/2005)	7,75 €
Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; (DIN 11622-2) „Gärfuttersilos und Güllebehälter“ (Nds. MBl. 43/2005)	7,75 €
Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; (DIN 4102) „Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen“ (Nds. MBl. 44/2005).....	3,10 €
Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; (DIN/DIN V 4108) „Wärmeschutz und Energie-Einsparung in Gebäuden“ (Nds. MBl. 44/2005).....	3,10 €
Anlage zu DIN/DIN V 4108	24,30 €
Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; (DIN 4109/A1) „Schallschutz im Hochbau“, Anforderungen und Nachweise Änderung A1 (Nds. MBl. 44/2005)	3,10 €
Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; (DIN 18065) „Gebäudetreppen“ Definitionen, Messregeln, Hauptmaße (Nds. MBl. 44/2005)	3,10 €
Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; (DIN 1054: 2005-01) „Baugrund – Sicherheitsnachweise im Erd- und Grundbau“ (Nds. MBl. 02/2006).....	1,55 €
Anlage zu DIN 1054: 2005-01	18,60 €
Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; (DIN EN 1536: 1999-06) „Bohrpfähle“ i. V. m. DIN Fachbericht 129 „Anwendungsdokument zu DIN EN 1536: 1999-06“ (Nds. MBl. 02/2006).....	1,55 €
Anlage zu DIN EN 1536: 1999-06.....	16,60 €
Berechtigung der Bek. Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; (DIN 1053-4) „Mauerwerk-Fertigbauteile“ (Nds. MBl. 05/2006).....	3,10 €
Berichtigung der Bek. Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; (DIN 4102) „Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen“ (Nds. MBl. 05/2006).....	3,10 €
Berichtigung der Bek. Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; (DIN 4109/A1) „Schallschutz im Hochbau“ – Anforderungen und Nachweise Änderung A1 (Nds. MBl. 05/2006)	3,10 €
Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; (DIN 1052) „Entwurf, Berechnung und Bemessung von Holzbauwerken“ (Nds. MBl. 16/2006)	23,25 €
Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; Einwirkungen auf Tragwerke (DIN 1055-100) „Grundlagen der Tragwerksplanung – Sicherheitskonzept und Bemessungsregeln“ (Nds. MBl. 17/2006)	4,65 €
Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; (DIN 18159) „Schaumkunststoffe als Ortschäume im Bauwesen“ (Nds. MBl. 28/2006)	4,65 €
Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; Einwirkungen auf Tragwerke (DIN 1055-1) „Wichten und Flächenlasten von Baustoffen, Bauteilen und Lagerstoffen“ (Nds. MBl. 39/2006)	9,30 €

(Die Einzelpreise verstehen sich einschl. MwSt. zuzüglich Versandkosten)

Bestellungen erbeten an:

 **schlütersche**
Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG

Postanschrift: 30130 Hannover
Adresse: Hans-Böckler-Allee 7, 30173 Hannover
Telefon 0511 8550-0 · Telefax 0511 8550-2405
info@schluetersche.de · www.schluetersche.de

Weitere DIN-Normen

Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; Einwirkungen auf Tragwerke (DIN 1055-3) „Eigen- und Nutzlasten für Hochbauten“ (Nds. MBl. 39/2006) 9,30 €

Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; Einwirkungen auf Tragwerke (DIN 1055-9) „Außergewöhnliche Einwirkungen“ (Nds. MBl. 39/2006) 9,30 €

Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; Einwirkungen auf Tragwerke (DIN 1055-6) „Einwirkungen auf Silos und Flüssigkeitsbehälter“ (Nds. MBl. 40/2006) 17,05 €

Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; Einwirkungen auf Tragwerke (DIN 1055-4) „Windlasten“ (Nds. MBl. 41/2006) 12,40 €

Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; Einwirkungen auf Tragwerke (DIN 1055-5) „Schnee- und Eislasten“ (Nds. MBl. 42/2006) 4,65 €

Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; Einwirkungen auf Tragwerke (DIN 1055-100) „Grundlagen der Tragwerksplanung – Sicherheitskonzept und Bemessungsregeln“ (Nds. MBl. 42/2006) 4,65 €

Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; (DIN 11622-1) „Gärfuttersilos und Güllebehälter“ (Nds. MBl. 23/2007) 4,65 €

Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; (DIN 4213) „Anwendung von vorgefertigten bewehrten Bauteilen aus haufwerksporigem Leichtbeton in Bauwerken“ (Nds. MBl. 25/2007) 4,65 €

Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; (DIN EN 206-1) „Beton – Teil 1: Festlegung, Eigenschaften, Herstellung und Konformität“ (Nds. MBl. 26/2007) 9,30 €

Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; (DIN 1045) „Beton und Stahlbeton“ (Nds. MBl. 28/2007) ... 10,85 €

Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; (DIN V 11535-1) „Gewächshäuser“ (Nds. MBl. 35/2007) 3,10 €

Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; (DIN 1053-100) „Mauerwerk – Teil 100: Berechnung auf der Grundlage des semiprobabilistischen Sicherheitskonzepts“ (Nds. MBl. 36/2007) 7,75 €

Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen, (DIN 4113-2) „Aluminiumkonstruktionen unter vorwiegend ruhender Belastung – Berechnung geschweißter Aluminiumkonstruktionen“ (MBl. 40/2007) 9,30 €

Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen, (DIN 4113-3) „Aluminiumkonstruktionen unter vorwiegend ruhender Belastung – Ausführung und Herstellerqualifikation“ (MBl. 40/2007) 9,30 €

Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen, (DIN 4113-1) „Aluminiumkonstruktionen unter vorwiegend ruhender Belastung“ (MBl. 41/2007) 6,20 €

Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen, (DIN 4119) „Oberirdische zylindrische Flachboden-Tankbauwerke aus metallischen Werkstoffen“ (MBl. 41/2007) 6,20 €

Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen, (DIN V ENV 1996-1-2) „Eurocode 6: Bemessung und Konstruktion von Mauerwerksbauten – Teil 1–2: Allgemeine Regeln – Tragwerksbemessung für den Brandfall“ (MBl. 45/2007) 3,10 €

Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen, (DIN 4102) „Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen“ (MBl. 45/2007) 3,10 €

Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen, (DIN 4178) „Glockentürme“ (MBl. 48/2007) 6,20 €

Bauaufsicht: Technische Bestimmungen, (DIN 1052) „Entwurf, Berechnung und Bemessung von Holzbauwerken“ (MBl. 49/2007) 10,85 €

Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen, Einwirkungen auf Tragwerke (DIN 1055-5) „Schnee- und Eislasten“ (MBl. 49/2007) 10,85 €

Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen, (DIN 4420-1) „Arbeits- und Schutzgerüste – Teil 1: Schutzgerüste“ (MBl. 49/2007) 10,85 €

Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen, (DIN EN 12811-1) „Temporäre Konstruktionen für Bauwerke – Teil 1: Arbeitsgerüste – Leistungsanforderungen, Entwurf, Konstruktion und Bemessung“ (MBl. 49/2007) 10,85 €

Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen, (DIN 4099) „Schweißen von Betonstahl“ (MBl. 3/2008) 7,75 €

Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen, (DIN 18551) „Spritzbeton – Anforderungen, Herstellung, Bemessung und Konformität“ (MBl. 3/2008) 7,75 €

Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen, (DIN 18807-1 und -3) „Trapezprofile im Hochbau“ (MBl. 4/2008) 9,30 €

Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen, (DIN 18807-6, -8 und -9) „Trapezprofile im Hochbau“ (MBl. 4/2008) 9,30 €

Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen, (DIN 4223) „Vorgefertigte bewehrte Bauteile aus dampfgehärtetem Porenbeton“ (MBl. 5/2008) 10,85 €

Bauaufsicht: Liste der Technischen Baubestimmungen – Fassung Mai 2008 – (MBl. 34/2008) 3,10 €

Anlage zu MBl. 34/2008 35,65 €

(Die Einzelpreise verstehen sich einschl. MwSt. zuzüglich Versandkosten)

Bestellungen erbeten an:

 **schlütersche**
Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG

Postanschrift: 30130 Hannover
Adresse: Hans-Böckler-Allee 7, 30173 Hannover
Telefon 0511 8550-0 · Telefax 0511 8550-2405
info@schluetersche.de · www.schluetersche.de